

*Rainer Behring*

## Hermann Müller und Polen

## Zum Problem des außenpolitischen Revisionismus der deutschen Sozialdemokratie in der Weimarer Republik

»Revisionismus« bietet zur Kennzeichnung der Außenpolitik der Weimarer Republik einen außerordentlich schillernden und vielschichtigen Begriff. Auf der einen Seite eines breiten Spektrums an Interpretationen positionierte sich Hans-Ulrich Wehler mit der apodiktischen Feststellung, »ein unversöhnlicher, mühelos radikaliserbarer Revisionismus« habe sich seit 1919 »als Grundakkord in der deutschen Öffentlichkeit« gehalten.<sup>1</sup> Mit dieser Bemerkung ließ Wehler in seiner »Deutschen Gesellschaftsgeschichte« die Weimarer Außenpolitik auf sich beruhen und ging direkt zur Militärpolitik und dem »neuen Militarismus« über, zu dem »Revanchekrieg«, den die militärische Führung des Deutschen Reichs unablässig vorbereitet habe, für gewöhnlich mit dem gleichsam augenzwinkernden Einverständnis der politischen Führung.<sup>2</sup> Eine beschleunigte Rüstung sei seit 1927/28 geradezu »zu einem Antrieb der deutschen Revisionspolitik« geworden. Die »Politik der militärischen Stärke« sei »offensichtlich von einem breiten Konsens getragen« gewesen – Wehler schloss hier den sozialdemokratischen Reichskanzler Hermann Müller ausdrücklich mit ein –, »der unter günstigen Umständen auch einen neuen Krieg für ein legitimes Mittel hielt. Selbst ein realistischer Politiker wie Stresemann war wegen seines beinhalten Nationalismus nie bereit, auf den Revisionskrieg gegen Polen zu verzichten.«<sup>3</sup>

Mit einer ähnlichen Neigung zum pauschalen Urteil analysierte Michael Salewski einst »Das Weimarer Revisionssyndrom«: Von 1919 bis 1933 habe es »einen großen politischen Grundkonsens« gegeben,

»der von nahezu allen Parteien – bis hin zu den radikalen –, von ausnahmslos allen Reichsregierungen und von der überwältigenden Mehrheit der deutschen Bevölkerung getragen wurde: daß der Versailler Vertrag als eines der »Grundgesetze« der jungen Republik bekämpft werden, daß er fallen und, wie der meistgebrauchte Ausdruck lautete, »revidiert« werden müsse.«<sup>4</sup>

Es sei keiner politischen Gruppierung gelungen, »ein außenpolitisches Programm positiv auf der Grundlage des Friedensvertrages zu entwerfen«, weshalb »alle Vorstellungen von kollektiver Sicherheitspolitik von den Deutschen abgelehnt wurden, denn diese konnten sich auf den Vertrag, genauer: auf die dem Vertrag unglücklicherweise vorgeschaltete Völkerbundsatzung berufen«. Kurzum: Die deutsche Politik sei in der Weimarer Republik generell »auf einem politischen Negativum aufgebaut, ihrem eigentlichen Wesen nach also destruktiv« gewesen. Salewski charakterisierte den Weimarer Revisionismus zusammenfassend als »rückwärtsgewandt, ohne neue Zukunftsperspektive und vielleicht letztlich gerade deswegen so verhängnisvoll. Das Revisionssyndrom war die Krankheit der Wei-

1 *Hans-Ulrich Wehler*, *Deutsche Gesellschaftsgeschichte*, Bd. 4: Vom Beginn des Ersten Weltkriegs bis zur Gründung der beiden deutschen Staaten 1914–1949, München 2003, S. 410.

2 Ebd., S. 414–428.

3 Ebd., S. 420. – Eine insgesamt differenzierte, gleichwohl sehr kritische Sicht der Weimarer Außenpolitik bot *Hans Mommsen*, *Aufstieg und Untergang der Republik von Weimar 1918–1933*, München 2001, der ebenfalls meinte, Gustav Stresemanns Politik sei von einem »metallharten Nationalismus« geprägt gewesen (S. 258).

4 *Michael Salewski*, *Das Weimarer Revisionssyndrom*, in: *APuZ* 1980, H. 2, S. 14–25, hier: S. 15.

marer politischen Kultur, und sie war ansteckend, ihre Umwelt vergiftend.«<sup>5</sup> Es verwundert nicht, wenn mit solchen Einschätzungen eine grundsätzliche Skepsis gegenüber dem Entwicklungspotenzial der Weimarer Republik verbunden war, die »immer nur rückwärts-gewandte Perspektiven« aufgewiesen und letztlich »überhaupt keine Überlebenschance« gehabt habe.<sup>6</sup>

Die – zum Teil auch fehlerbehaftete – Einseitigkeit derartiger Argumentationen kann hier nicht im Einzelnen diskutiert werden. Immerhin hat etwa Andreas Hillgruber Anfang der 1980er-Jahre vorsichtiger von einem Ineingreifen von »Kontinuität und Wandel« in der Revisionspolitik der Weimarer Republik gesprochen<sup>7</sup> und konzeptionell drei Richtungen unterschieden:

»eine modern wirkende, vorrangig wirtschaftspolitisch akzentuierte, auf Frieden, als im deutschen Interesse liegend, abgestimmte Linie [...], eine von der Tradition der deutschen Großmacht, stärker maktkalkulatorisch, geprägte, aber im diplomatischen Terrain doch relativ behutsam operierende, zwar jeden Vorteil [...] ausnutzende, aber einen großen Krieg künftig wenn irgend möglich vermeidende Richtung [...], und schließlich eine massiv militaristisch-aggressiv argumentierende und, sobald möglich, auch so handelnde, den Krieg als Instrument zur Durchsetzung weitgespannter Expansionsziele einbeziehende Richtung.«<sup>8</sup>

Gottfried Niedhart unterscheidet verschiedene Formen von Revisionspolitik, etwa einen kooperativen und einen konfrontativen Revisionismus.<sup>9</sup> Peter Krüger schließlich, der kompetenteste und fruchtbarste Historiker der Weimarer Außenpolitik, plädierte unablässig für eine differenzierte, sorgsam die jeweiligen Exponenten und gesellschaftlichen Trägergruppen der Weimarer Revisionsbestrebungen und ihre unterschiedlichen Zielsetzungen und vor allem Methoden untersuchende Analyse des Gegenstands. Krüger sah jedenfalls »genügend Anlaß, im einzelnen genauer hinzusehen und nicht zu pauschal mit dem Revisionsbegriff umzugehen«.<sup>10</sup>

Gerade angesichts der von Peter Krüger gebotenen Anregungen erscheint es zunächst erstaunlich, dass die Rolle der deutschen Sozialdemokratie im Geflecht des außenpolitischen Revisionismus der Weimarer Republik in der historischen Forschung nahezu keine

5 Ebd., S. 16f. und 25.

6 Ebd., S. 18 und 21. In gleicher Weise zog *Bernd Martin*, *Weltmacht oder Niedergang? Deutsche Großmachtspolitik im 20. Jahrhundert*, Darmstadt 1989, die Vorstellung einer spezifisch republikanischen Weimarer Außenpolitik der Verständigung und internationalen Verflechtung in Zweifel: Gegenstand der deutschen Außenpolitik sei »immer Deutschlands Großmacht- bzw. Weltmachtstellung« gewesen; »in Ermangelung von echten Alternativen hielt die brüchige Koalition der Weimarer Republik den Primat der deutschen Großmacht und der äußeren Expansion als eine Art Minimalkonsens aufrecht. Dieser artikulierte sich in einer von den einzelnen Parteien mit unterschiedlicher Stärke geschürten Revisionismus-Hetze, der die Republik schließlich selbst zum Opfer fiel« (S. XII und 61).

7 *Andreas Hillgruber*, »Revisionismus« – Kontinuität und Wandel in der Außenpolitik der Weimarer Republik, in: *ders.*, *Die Last der Nation. Fünf Beiträge über Deutschland und die Deutschen*, Düsseldorf 1984, S. 59–85.

8 *ders.*, *Die Außenpolitik der Weimarer Republik in der Spannung zwischen dem Trauma der Niederlage von 1918 und dem fortdauernden weltpolitischen Geltungsanspruch*, in: *Volker Rittberger* (Hrsg.), *1933. Wie die Republik der Diktatur erlag*, Stuttgart/Berlin etc. 1983, S. 12–28, hier: S. 26.

9 *Gottfried Niedhart*, *Die Außenpolitik der Weimarer Republik*, 3., aktual. u. erw. Aufl., München 2013, S. 78.

10 *Peter Krüger*, *Die Außenpolitik der Republik von Weimar*, Darmstadt 1985, S. 14–16 und 213–218, Zitat: S. 216. Vgl. insb. auch *ders.*, *Die Weimarer Republik und die Geschichte ihrer internationalen Beziehungen: Notizen zu einer Gratwanderung mit Wegscheidern*, in: *HZ* Bd. 273, 2001, S. 675–688.

Beachtung gefunden hat. Bei näherer Betrachtung wird rasch deutlich, dass die maßgeblichen sozialdemokratischen Interpreten der Weimarer Republik in ihren auf die deutsche Innen- und Gesellschaftspolitik konzentrierten Darstellungen weder ein angemessenes Interesse noch Verständnis für den Eigenwert einer Geschichte der Außenpolitik und der internationalen Beziehungen an den Tag legen: Insbesondere dem Anteil, den die SPD als die stärkste parlamentarische Kraft der Republik an der Formulierung und Gestaltung der Weimarer Außenpolitik, ihrer Ziele und Methoden leistete, widmen sowohl Heinrich August Winkler als auch Hans Mommsen praktisch keinerlei Beachtung; in Wehlers deterministischer Darstellung findet die Weimarer Außenpolitik schlicht nicht statt.<sup>11</sup>

Jede eingehende Erörterung des historischen ›Orts‹ der deutschen Sozialdemokratie im Kontext der Außenpolitik der Weimarer Republik muss in Anbetracht dieses Forschungsstands – ungeachtet einer Fülle von sachlichen Informationen, die einige zumeist ältere akademische Qualifikationsarbeiten bereithalten<sup>12</sup> – im Grunde bei null anfangen. Das gilt nicht zuletzt für den bedeutendsten sozialdemokratischen Außenpolitiker Weimars und neben und zeitlich vor Gustav Stresemann wichtigsten parlamentarischen Außenpolitiker der Republik überhaupt, für Hermann Müller, der nach wie vor weitgehend vergessen ist und der nirgends als prägende Persönlichkeit der Weimarer Republik wahrgenommen wird: Dabei verdient dieser langjährige SPD-Partei- und Fraktionsvorsitzende, erste Außenminister der Weimarer Republik im eigentlichen Sinne und zweimalige Reichskanzler als eine der Schlüsselfiguren im parlamentarischen System der ersten deutschen Demokratie schon aufgrund seiner zahlreichen Ämter, erst recht jedoch wegen seines richtungweisenden Wirkens gerade im Bereich der auswärtigen Politik, verstärkte Aufmerksamkeit.<sup>13</sup> Im vorliegenden Beitrag sollen exemplarisch Müllers Überlegungen und politische Ansätze zum Verhältnis zwischen dem Deutschen Reich und Polen im Zusammenhang der Weimarer Außenpolitik analysiert und unter Beachtung der Chronologie erörtert werden mit dem Ziel, eine Schneise für eine zunehmend differenzierte Betrachtung des Weimarer Revisionismus zu schlagen, damit zu einer erneuten und ergebnisoffenen Untersuchung der Chancen der Weimarer Republik und ihrer internationalen Beziehungen beizutragen und dabei zugleich eine Diskussion des spezifischen Anteils der Sozialdemokratie daran zu eröffnen.

Das Beispiel der Polenpolitik verspricht insofern ein dankbares Untersuchungsobjekt abzugeben, als es, wie Andreas Hillgruber formulierte, in der Revisionspolitik der Wei-

11 *Heinrich August Winkler*, Weimar 1918–1933. Die Geschichte der ersten deutschen Demokratie, München 1993; *Mommsen*, Aufstieg und Untergang der Republik von Weimar 1918–1933; *Wehler*, Deutsche Gesellschaftsgeschichte.

12 Vgl. vor allem *Hermann Lange*, Ideen und Praxis der sozialdemokratischen Außenpolitik in der deutschen Republik (1918–1926), Diss., Erlangen 1949, und *Reimund Klinkhammer*, Die Außenpolitik der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in der Zeit der Weimarer Republik, Diss., Freiburg im Breisgau 1955, sowie *Stefan Feucht*, Die Haltung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zur Außenpolitik während der Weimarer Republik (1918–1933), Frankfurt am Main 1998. Feuchts material- und kenntnisreiche Arbeit lässt schon in ihrem Titel Resignation und Aporie des Verfassers angesichts seiner Aufgabe erkennen: Feucht spricht der SPD von vornherein eine gestaltende Rolle ab und analysiert eine in der Außenpolitik passive und scheiternde Partei, betont die Begrenztheit ihres Einflusses auf die deutsche Außenpolitik, ihren geringen Handlungsspielraum und ihre defensive Haltung: »Nach 1920 blieben der Partei nur wenig Möglichkeiten zu einer aktiven Gestaltung der Außenpolitik« (S. 113; vgl. S. 545). – Einen anders akzentuierten, doch in vergleichbarer Weise deterministischen Ansatz hinsichtlich der sozialdemokratischen Außenpolitik verfolgt *William Harvey Maehl*, *The German Socialist Party. Champion of the First Republic, 1918–1933*, Philadelphia 1986.

13 Ein Schlaglicht wirft *Rainer Behring*, Wegbereiter sozialdemokratischer Außenpolitik: Hermann Müller, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 26.4.2006, S. 8. Der Verfasser arbeitet an einer umfassenderen Studie über Hermann Müller und die Weimarer Außenpolitik.

marer Republik im Kern immer um den deutschen Osten gegangen sei.<sup>14</sup> Die zwischen 1919 und 1921 im Wesentlichen von den alliierten Siegermächten des Ersten Weltkriegs festgelegte deutsch-polnische Grenze sei, so fasst Jörg K. Hoensch den Konsens der Forschung zusammen, in der Weimarer Republik »nicht hingenommen, geschweige denn anerkannt« worden:

»Die Forderung nach einer umfassenden Revision der Ostgrenze fand mit Ausnahme der KPD bei allen deutschen Parteien und zahlreichen Gelehrten und Publizisten die vorbehaltlose Unterstützung, prägte die Außenpolitik aller Kabinette entscheidend mit und wurde zu einem der wenigen echten nationalen Integrationsfaktoren für die nach der Niederlage so verunsicherte deutsche Öffentlichkeit«;

»die communis opinio in Deutschland« sei in dieser Revisionsfrage »absolut unnachgiebig« gewesen.<sup>15</sup> Auch wenn in der Beurteilung dieses Sachverhalts inzwischen Tendenzen zu einer differenzierenden Sichtweise Raum greifen<sup>16</sup>, finden sich weiterhin apodiktische Urteile, die eine nähere Beschäftigung mit der Problematik von vornherein überflüssig erscheinen lassen. Włodzimierz Borodziej etwa zieht noch jüngst aus dem seit 1919 absehbaren deutschen Grenzrevisionismus den Schluss: »Daher konnten Deutschland und Polen im neuen Europa nur Feinde sein«; Deutschland habe seinen östlichen Nachbarn schlicht »als ein beklagenswertes Hindernis« betrachtet.<sup>17</sup> Nur als unzulässiger, die Offenheit und Vielgestaltigkeit der Entwicklung während der 1920er-Jahre negierender Kurzschluss ist erst recht die Auffassung des Osteuropahistorikers Michael G. Müller zu bezeichnen, der Adolf Hitler kurzerhand zum Vollstrecker der Hoffnungen der Weimarer Politiker erklärt:

»By concluding his pact with Stalin, Hitler put himself in the tradition of Bismarckian Polenpolitik, and implemented what the Weimar politicians had long, openly or secret, hoped for. [...] the renewal of the Russo-German partitionist alliance in the Hitler-Stalin Pact, and the September Blitzkrieg that ended with the elimination of Polish statehood were the final acts in a development that, in Germany, had been set in train immediately after Versailles.«<sup>18</sup>

## I. 1919–1921: ARRANGEMENT MIT DEM STATUS QUO

In diesem Sinne kann man es sich auch mit dem Reichsminister des Auswärtigen und Unterzeichner des Friedensvertrags von Versailles Hermann Müller einfach machen, wie Ralph Schattkowsky den Anschluss an die Thesen Salewskis suchen und behaupten, Müller

14 Hillgruber, »Revisionismus« – Kontinuität und Wandel in der Außenpolitik der Weimarer Republik, S. 85.

15 Jörg K. Hoensch, Geschichte Polens, 3., neubearb. u. erw. Aufl., Stuttgart 1998, S. 256 und 270. – Roland Gehrke, Der polnische Westgedanke bis zur Wiedererrichtung des polnischen Staates nach Ende des Ersten Weltkrieges. Genese und Begründung polnischer Gebietsansprüche gegenüber Deutschland im Zeitalter des europäischen Nationalismus, Marburg 2001, S. 336f., verweist demgegenüber auf »einen breiten Parteienkonsens, der sogar die KPD einschloß«; Gehrke sieht daher in der »Forderung nach einer Revision der ›blutenden Grenze im Osten« erst recht ein »unveränderbare[s] Axiom deutscher Politik« und einen »der wenigen echten Integrationsfaktoren innerhalb der politisch ansonsten zerrissenen deutschen Gesellschaft«.

16 Vgl. etwa zusammenfassend Stephanie Zloch, Polnischer Nationalismus. Politik und Gesellschaft zwischen den beiden Weltkriegen, Köln/Weimar etc. 2010, S. 317.

17 Włodzimierz Borodziej, Geschichte Polens im 20. Jahrhundert, München 2010, S. 110 und 124.

18 Michael G. Müller, Poland and Germany from Interwar Period through to Time of Détente, in: Eduard Mühle (Hrsg.), Germany and the European East in the Twentieth Century, Oxford/New York 2003, S. 91–106, hier: S. 97f.

habe in seiner Regierungserklärung vom 23. Juli 1919 vor der Nationalversammlung gefordert, »den Vertrag von Versailles zu revidieren«, und damit »die Rückgewinnung ehemals deutscher Ostgebiete zu einer strategischen Aufgabe« gemacht: »Dieses Prinzip wurde Staatsdoktrin und zu einem ›Revisions-Syndrom‹ in der Weimarer Republik, das bis hin zur rechten Sozialdemokratie das gesamte politische Spektrum vereinigte.«<sup>19</sup> Es scheint Schattkowsky nicht zu irritieren, dass in Müllers Programmrede von einer »Rückgewinnung ehemals deutscher Ostgebiete« kein Wort und kein Gedanke zu finden ist. Das kann kein Zufall gewesen sein, zumal Müller, der wie der spätere Reichspräsident Paul Löbe zu denjenigen führenden SPD-Politikern zählte, die sich während der gesamten Zeit der Weimarer Republik offen zu den großdeutschen Traditionen der Sozialdemokratie bekannten<sup>20</sup>, sich nicht scheute, das Ziel der Vereinigung Deutsch-Österreichs mit dem Deutschen Reich unumwunden zu verkünden.<sup>21</sup>

Für das Verhältnis zum neu geschaffenen polnischen Nationalstaat wählte Müller andere Perspektiven in dieser bedeutenden, heute gleichwohl kaum bekannten politischen Grundsatzzrede, die im Kern eine neue deutsche Außenpolitik forderte, die sich an Frieden, Freiheit und Recht als den Grundwerten der internationalen Beziehungen orientierte und die wesentliche Grundlagen für die Außenpolitik eines freiheitlich-demokratischen deutschen Staatswesens aufzeigte, die freilich auch den Zusammenhang zwischen Erfüllungspolitik und friedlicher, kooperativer Revision des Friedensvertrags als zukünftiger außenpolitischer Leitlinie verdeutlichte. Müller legte damit das gedankliche Fundament für die spezifische Weimarer Revisions- und Verständigungspolitik des kommenden Jahrzehnts.<sup>22</sup>

Außenminister Müller bezeichnete vor der Nationalversammlung »die Wiederaufrichtung Polens und seine Erstreckung auch auf Gebiete des bisherigen Deutschen Reiches« als

»die wichtigste Veränderung im nahen Osten. [...] Der Versailler Vertrag hat uns nach Osten nicht die Grenzen gebracht, die uns werden mußten, wenn der Wille der Bevölkerung für die Staatsangehörigkeit entscheidend gewesen wäre. Millionen Deutscher stehen in Zukunft unter polnischer Herrschaft.«

So habe, legte Müller mit demonstrativer Kritik an den Entscheidungen der Urheber des Friedensvertrags, die seine einschlägigen Stellungnahmen durchweg begleitete, dar, »der uns diktierte Frieden die vitalen Interessen beider Staatswesen nicht geachtet. Trotzdem

19 *Ralph Schattkowsky*, Deutschland und Polen von 1918/19 bis 1925. Deutsch-polnische Beziehungen zwischen Versailles und Locarno, Frankfurt am Main/Berlin etc. 1994, S. 48. – In ähnlicher Weise irreführend argumentiert mit Bezug auf Müllers kurze Rede vor der Nationalversammlung am 9. Juli 1919 jüngst *Benjamin Conrad*, Umkämpfte Grenzen, umkämpfte Bevölkerung. Die Entstehung der Staatsgrenzen der Zweiten Polnischen Republik 1918–1923, Stuttgart 2014, S. 148.

20 Vgl. nur Hermann Müller an Karl Renner, 3.10.1928, Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung (AdsD), NL Hermann Müller IV, Nr. 410: »Du weißt, daß ich persönlich aus nationalen Gründen Anhänger des Anschlusses Österreichs an Deutschland bin«.

21 Hermann Müller, Programmrede vor der Nationalversammlung, 23.7.1919, in: Verhandlungen der verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung, Stenographische Berichte, Bd. 328, S. 1852–1859, hier: S. 1856f.

22 Vgl. zur Kontextualisierung *Rainer Behring*, Demokratische Außenpolitik für Deutschland. Die außenpolitischen Vorstellungen deutscher Sozialdemokraten im Exil 1933–1945, Düsseldorf 1999, S. 47–63, hier insb. S. 48f. – Mit einer ausführlichen Analyse würdigte bereits *William Harvey Maehl*, The German Socialists and the Foreign Policy of the Reich, 1917–1922, Diss., Chicago 1946, S. 201–204, Müllers Rede. Vgl. auch die für Müllers Russlandpolitik grundlegende Studie von *Hartmut Unger*, Zwischen Ideologie und Improvisation. Moritz Schlesinger und die Rußlandpolitik der SPD 1918–1922, Frankfurt am Main/Berlin etc. 1996, hier: S. 81f. und 86f.

wollen wir uns bemühen, gute auskömmliche Verhältnisse zwischen beiden Teilen zu erzielen« und »in unmittelbaren Verhandlungen mit Polen die Schäden des Friedensvertrages nach Möglichkeit [zu] mildern«. Der Übergang der abzutretenden Gebiete in polnische Hand solle sich »ohne Reibungen und Gewalttätigkeiten« vollziehen. Gewiss sprach Müller von »dem großen Unglück, das Deutsche infolge der Abtretung weiter von Deutschen bewohnter Gebiete betroffen hat«, verlieh er dem Bemühen der Reichsregierung Ausdruck, »für die an Polen fallenden Deutschen einen zuverlässigen Schutz der Minderheiten zu erwirken«; die deutschen Bewohner der Abtretungsgebiete »mögen die Überzeugung behalten, daß sie auch jenseits der Grenze nicht vergessen werden«. Bemerkenswerter erscheint indes der Hinweis des Außenministers, »der kulturelle Zusammenhang jener Deutschen mit der alten Heimat« solle auch dann gewahrt werden, »wenn sie loyale Bürger des neuen Staatswesens geworden sind«. Die polnische Seite wurde aufgefordert, »die loyale Absicht des deutschen Volkes und seiner Regierung [zu] würdigen, zwischen beiden Nachbarländern befriedigende Verhältnisse anzubahnen«.<sup>23</sup>

Diese Bemerkungen lassen sich kaum als Fixierung einer künftigen Politik territorialer Revision interpretieren. Sie sind vielmehr als Versuch zur Versachlichung der Atmosphäre beachtlich in einer Zeit, in der im über weite Strecken topografisch noch gar nicht festgelegten deutsch-polnischen Grenzraum fortwährende und immer erneut aufflammende wechselseitige Kämpfe und Aufstandsversuche paramilitärischer Gruppierungen, Geiselnahmen und propagandistische und materielle Beeinflussungsversuche das Bild dominierten, ein Bild, das tendenziell bis zur Entscheidung über die Teilung Oberschlesiens 1921 unverändert blieb.<sup>24</sup> Tatsächlich hatte bereits Harald von Riekhoff 1971 in seiner Studie über die deutsch-polnischen Beziehungen während der Weimarer Republik den entsprechenden Abschnitt von Müllers Regierungserklärung zutreffend als »an eloquent plea for establishing sound working relations with the new Polish Republic so that the detrimental aspects of the imposed treaty might be reduced« eingeordnet und den Vorbildcharakter seines Ansatzes für künftige Reichsregierungen erkannt.<sup>25</sup> Auch Gerhard Wagner betont die bewusste Zurückhaltung, die in Müllers Rede zum Ausdruck kam, und verweist auf die sachliche und ergebnisorientierte Zusammenarbeit der deutschen und der polnischen Regierung in den darauffolgenden Monaten, die bis zu einem am 22. Oktober 1919 unterzeichneten bilateralen Handelsvertrag gedieh, der durchaus auf mittelfristige Perspektiven angelegt war, bald darauf jedoch auf Druck der französischen Regierung durch die polnische Seite aufgekündigt wurde.<sup>26</sup>

Nicht nur dieser Vertragsbruch, für den die deutsche Seite nicht verantwortlich zeichnete und der den mit dem Inkrafttreten des Versailler Friedens am 10. Januar 1920 zuneh-

23 Müller, Programmrede, 23.7.1919, in: Verhandlungen der verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung. Stenographische Berichte, Bd. 328, S. 1856.

24 Vgl. zur Situation 1919–1921 insb. in Posen und Oberschlesien Harald von Riekhoff, German-Polish Relations, 1918–1933, Baltimore/London 1971, S. 13–17 und 39–47, sowie die verstreuten Bemerkungen bei Conrad, Umkämpfte Grenzen, umkämpfte Bevölkerung, S. 143–180. Ein Schlaglicht wirft das Protokoll der Kabinettsitzung vom 28. August 1919, in: Akten der Reichskanzlei (AdR). Das Kabinett Bauer. 21. Juni 1919 bis 27. März 1920, Boppard am Rhein 1980, Dok. Nr. 55, S. 219–228.

25 Riekhoff, German-Polish Relations, S. 23f.

26 Gerhard Wagner, Die Weimarer Republik und die Republik Polen, 1919–1932: Probleme ihrer politischen Beziehungen, in: Wolfgang Jacobmeyer (Red.), Die deutsch-polnischen Beziehungen 1919–1932. XVII. deutsch-polnische Schulbuchkonferenz der Historiker, 11. bis 17. Juni 1984 in Augsburg, Braunschweig 1985, S. 35–47, hier: S. 36f. Vgl. auch Maehl, The German Socialist Party, S. 48, sowie zum Inhalt des Wirtschaftsvertrags und seinem Scheitern Georg W. Strobel, Die Wirtschaftsbeziehungen Deutschlands und Polens 1919–1932, in: Jacobmeyer, Die deutsch-polnischen Beziehungen 1919–1932, S. 109–123, hier: S. 113.

menden Einfluss Frankreichs auf die Geschicke der Republik Polen erkennen ließ, sondern auch der Ende des Jahres 1919 erfolgende Regierungswechsel in Polen von Ministerpräsident und Außenminister Ignacy Jan Paderewski zu Ministerpräsident Leopold Skulski und Außenminister Stanisław Patek markierte eine deutliche Abkühlung des Verhältnisses zwischen den beiden jungen Republiken in der Mitte Europas, die Müllers Initiative zur Herstellung eines sachlichen Arbeitsverhältnisses auf der Basis des einstweiligen territorialen Status quo rasch ins Leere laufen ließ.<sup>27</sup> So brachte der Reichsminister des Auswärtigen anlässlich des Antrittsbesuchs des neuen polnischen Geschäftsträgers Ignacy Szebeko am 9. März 1920 – die offiziellen diplomatischen Beziehungen zwischen Deutschland und Polen waren seit Dezember 1918 faktisch abgebrochen gewesen – sein Bedauern darüber zum Ausdruck, »daß das anstelle des Ministeriums Paderewski getretene Ministerium Skulski mit seinem Außenminister Patek Deutschland gegenüber eine viel weniger freundliche Haltung einnehme«. Auch kamen im Verlauf der Unterhaltung Schikanen bei der Durchquerung des Korridors zur Sprache, Verkehrsbehinderungen und Belästigungen deutscher Reisender seitens polnischer Behördenvertreter und andere gegenseitige Beschuldigungen. Von zentraler Bedeutung waren jedoch bei dieser Besprechung die wechselseitigen Versicherungen, man werde sich bemühen, gute Beziehungen zueinander herzustellen, und dafür eintreten, Reibungen nach Möglichkeit zu vermeiden. Müller äußerte die Hoffnung »auf ein Zusammenarbeiten zum Nutzen beider Länder, die nun einmal geographische Nachbarn seien«. Er habe »die Überzeugung, daß es im Interesse beider Länder läge, wenn Polen nicht Bollwerk, sondern Brücke zwischen Deutschland und Rußland werde«.<sup>28</sup>

Mag man die Brückenmetapher auch grundsätzlich skeptisch betrachten, so lässt sich doch aus Müllers Aufzeichnung zu dem Gespräch mit Szebeko wiederum die Absicht herauslesen, einem angemessenen Umgang mit den gegebenen Verhältnissen zu dienen und nicht einer territorialen Revision das Wort zu reden. Zu einer Wiederbelebung der deutsch-polnischen Beziehungen trug Müller bis zum Ende seiner ersten Reichskanzlerschaft im Juni 1920 allerdings nicht mehr bei; vielmehr setzte eine zunehmende Entfremdung ein, als die deutsche Seite nun ihrerseits zu einer zunächst verdeckten und dann seit dem Beginn des polnisch-russischen Kriegs im Frühjahr 1920 auch offenen Handelsblockade gegenüber dem östlichen Nachbarn überging<sup>29</sup>, die in Polen schließlich als offene Feindschaft wahrgenommen wurde. Gleichwohl blieb die SPD gerade in dieser Zeit, als in Deutschland Stimmen eines antipolnischen Chores dominierten, die sich angesichts vorübergehender polnischer Niederlagen bis zu Hassgesängen steigerten, eine Stimme

27 Das etwa seit der Jahreswende 1919/20 zu beobachtende Scheitern der von beiden Seiten unternommenen Ansätze zu einer Politik des konstruktiven Miteinanders im Rahmen des Möglichen, die das deutsch-polnische Verhältnis in der zweiten Jahreshälfte 1919 zumindest auf Regierungsebene gekennzeichnet hatte, und die Rolle Frankreichs dabei beschreiben übereinstimmend *Riekhoff*, *German-Polish Relations*, S. 24–27, und *Wagner*, *Die Weimarer Republik und die Republik Polen*, S. 36f. – Vgl. auch die Aufzeichnung des Reichsministers des Auswärtigen Müller über die Sitzung des Reichsrats, Ausschuß für Auswärtige Angelegenheiten, 16.2.1920, in: *Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik 1918–1945 (ADAP)*, Serie A: 1918–1925, Bd. 3: 1. Januar bis 30. September 1920, Göttingen 1985, Dok. Nr. 35, S. 64f., hier: S. 65: »Am gehässigsten stelle sich gegen uns neben der französ[ischen] Regierung die polnische«.

28 Aufzeichnung des Reichsministers des Auswärtigen Müller, 10.3.1920, in: ebd., Dok. Nr. 62, S. 111–113.

29 *Unger*, *Zwischen Ideologie und Improvisation*, S. 137, betont die Verantwortung der sozialdemokratisch geführten Reichsregierung unter Hermann Müller und Außenminister Adolf Köster für die wirtschaftlichen Sanktionsmaßnahmen gegen Polen.

der Vernunft, und sie distanzierte sich von den Reihen derer, die bereits auf das jähe Ende des polnischen Nationalstaats hofften.<sup>30</sup>

Auch die in weiten Teilen der deutschen Bevölkerung und ihrer politischen Vertreter bis hin zu Reichskanzler Joseph Wirth von der katholischen Zentrumspartei mit einem Sturm der Entrüstung aufgenommene Teilung Oberschlesiens durch die Alliierten im Oktober 1921 aufgrund des Gutachtens einer Kommission des Völkerbundes<sup>31</sup> vermochte Müller nicht von seinem Kurs einer sachlichen, auf die Beruhigung der Gemüter abzielenden Einschätzung der Lage abzubringen. Inzwischen ohne Regierungsamt, verurteilte der Parteichef als Vorsitzender der SPD-Fraktion im Reichstag die Entscheidung als Ausfluss der Gewalt, aus dem nicht das Selbstbestimmungsrecht der Völker spreche. Doch mit einer Politik der großen Geste sei niemandem gedient, und Demonstrationspolitik könne man sich nicht leisten. Vielmehr müsse auch nach dem Verlust des ostoberschlesischen Industriegebiets nicht nur an der von Müller 1919 initiierten »Politik der versuchten Vertragserfüllung« gegenüber den Siegermächten festgehalten werden, es müsse vor allem auch in den kommenden bilateralen Verhandlungen über die Bewältigung der Teilung Oberschlesiens im Auge behalten werden, dass dort, »und zwar zu beiden Seiten der zu ziehenden Grenze, auch fürderhin Polen und Deutsche nebeneinander leben, wenn die gesamte Wirtschaft nicht in Verfall geraten soll«. Daher liege es

»in aller Interesse, wenn nach beiden Seiten hin sobald wie möglich ein wirklicher Schutz der Minderheiten durchgeführt wird. Hierzu müssen sich Deutsche und Polen zu gemeinsamer Arbeit die Hände reichen, wenn nicht neue unnütze Leiden auf das schwergeprüfte Volk heraufbeschworen werden sollen.«

Auf gar keinen Fall dürfe man versuchen, »eine Politik der Rache zu treiben«, die sich nur »sehr bald an dem Rächer rächen« und Hass und Terror begünstigen würde. Ebenso wenig komme eine Politik des wirtschaftlichen Boykotts infrage, die nicht nur die oberschlesische, sondern die gesamte deutsche Industrie schädigen würde. Stattdessen müsse auf beiden Seiten

»der Gedanke der Wirtschaft über den nationalistischen Gedanken siegen. [...] Deutsche und Polen werden geographisch Nachbarn sein; schon das weist sie aufeinander an. Die polnische Regierung und das polnische Volk müssen sich von dem Gedanken leiten lassen, daß Polen nicht ein Wall gegen Deutschland sein darf, sondern eine Brücke bilden muß, die vor allem dem Verkehr nach dem Osten hin zu dienen hat.«

30 *Wagner*, Die Weimarer Republik und die Republik Polen, S. 38. Allerdings scheint selbst Hermann Müller im Februar 1920 mit dem Gedanken gespielt zu haben, ein russischer Sieg in einer etwaigen kriegerischen Auseinandersetzung mit Polen könne zum Zerfall Polens führen und damit dazu beitragen, Oberschlesien beim Reich zu halten. Vgl. die indirekte Wiedergabe eines Eintrags aus dem Tagebuch des Reichsministers des Innern Erich Koch (DDP) vom 13. Februar 1920, in: AdR. Das Kabinett Bauer, Dok. Nr. 169, S. 602–604, hier: S. 603, Anm. 8. Der Interpretation Ungers (*Unger*, Zwischen Ideologie und Improvisation, S. 99, 102, 135 und 142), der daraus auf die »antipolnischen Hoffnungen Müllers« oder auf »Hoffnungen Müllers auf einen Sieg der Russen« während des polnisch-russischen Kriegs schließt, wird hier nicht gefolgt. Plausibler erscheint die Interpretation von *Martin Vogt*, Müller(-Franken), Hermann, in: Neue Deutsche Biographie, hrsg. von der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, Bd. 18: Moller–Nausea, Berlin 1997, S. 410–414, hier: S. 412, der zufolge Müller in den ersten Jahren der Weimarer Republik Beziehungen zum bolschewistischen Russland vor allem deshalb gebilligt habe, »um mit dessen Hilfe eine Integration Oberschlesiens in das wiederentstandene Polen zu verhindern«. Den Bestand Polens an sich infrage zu stellen, lag Müller jedenfalls fern.

31 Vgl. dazu zusammenfassend *Conrad*, Umkämpfte Grenzen, umkämpfte Bevölkerung, S. 178–180.



Die erneut herangezogene Brückenmetapher verband Müller mit der Überzeugung, in eine Neuordnung der gesamteuropäischen Wirtschaft müsse auch Russland einbezogen werden.<sup>32</sup>

Eine erste Bilanz von Hermann Müllers Denken und Handeln mit Blick auf Polen für die Jahre 1919 bis 1921 – in denen Müller 1919/20 zunächst als Außenminister, dann als Reichskanzler die außenpolitischen Positionen des Deutschen Reichs rund ein Jahr lang maßgeblich bestimmte – macht deutlich, dass der SPD-Vorsitzende eine territoriale Revision der deutsch-polnischen Grenze in diesem Zeitraum aktuell nicht in Erwägung zog und sie nicht zum Ziel der deutschen Außenpolitik erhob. Insbesondere stellte er die Existenz des polnischen Nationalstaats nicht infrage. Müller zeigte sich vielmehr bereit, sich mit dem infolge des Friedensvertrags von Versailles östlich von Deutschland entstandenen Status quo zu arrangieren, und legte den Schwerpunkt seiner politischen Bemühungen gegenüber Polen auf den Versuch zur Herstellung korrekter und nach Möglichkeit gedeihlicher Beziehungen, den gegenseitigen Schutz der Minderheiten sowie insbesondere auf die perspektivische Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse. Bemerkenswert erscheint sein Appell an die Deutschen in Polen, sich zu loyalen Bürgern des neuen Staats zu entwickeln: Auch das deutet auf eine längerfristige Perspektive, die nicht leicht mit dem Postulat eines für die deutsche Außenpolitik handlungsleitenden umfassenden und gleichgerichteten Revisionssyndroms in Einklang zu bringen ist.

## II. 1921–1928: REVISIONSGEDANKE UND BEFRIEDUNG EUROPAS

Das bedeutet nicht, dass Hermann Müller mit der Grenzziehung im Gefolge der Pariser Friedensverträge einverstanden gewesen wäre. Er war es nicht. 1921 klagte er in seinem Kommentar zum Abschnitt »Völkerbeziehungen und Internationale« des im Entstehen befindlichen Görlitzer Parteiprogramms der SPD:

»Im Osten wurden zwei Millionen Deutsche ungefragt zu Polen geschlagen. Das deutsche Memelland wurde von Deutschland abgetrennt. Das kerndeutsche Danzig zum ›Freistaat‹ unter dem Schutz des Völkerbundes gemacht. [...] Die so ungefragt unter Fremdherrschaft gebrachte Bevölkerung sehnt sich begreiflicherweise nach einer Änderung ihrer Lage. Sie hat dazu ein Recht.«

Die Sieger von 1918 könnten nicht verlangen, dass

»die von ihnen beliebte Revision der Karte Europas für alle Ewigkeit unabänderlich ist. Den Volksteilen, die ihre staatliche Zugehörigkeit neugeregt haben wollen, muß durch Schaffung entsprechender Völkerrechtsbestimmungen dazu Gelegenheit gegeben werden. Über die Staatszugehörigkeit soll allein entscheidend sein der Wille der Bevölkerung selbst. Dieser Wille muß allgemein geachtet werden. Erst dann kann von einem wirklichen Selbstbestimmungsrecht der Völker die Rede sein.«<sup>33</sup>

Müller spezifizierte diese auf allgemeinen Postulaten des Völkerrechts und des Rechts auf Selbstbestimmung sowie auf dem Anspruch einer grundsätzlichen Gleichberechtigung des Deutschen Reichs im Staatensystem basierende Argumentation – nicht zufällig lautete der entsprechende Punkt des SPD-Programmtextes »Nationale Selbstbestimmung der Völker im Rahmen des für alle gleichmäßig geltenden internationalen Rechts«; er stand

32 Hermann Müller im Reichstag, 26.10.1921, in: Verhandlungen des Reichstags. Stenographische Berichte, Bd. 351, S. 4736–4739.

33 Hermann Müller, Völkerbeziehungen und Internationale, in: Adolf Braun (Hrsg.), Programmtext der Sozialdemokratischen Partei. Ein Kommentar, Stuttgart/Berlin 1921, S. 75–83, hier: S. 78.

an der Spitze des Abschnitts zu den internationalen Beziehungen<sup>34</sup> – in einer Weise, die besonders für die Verhältnisse zwischen Deutschen und Polen zukunftsweisend erscheinen konnte, die jedenfalls nicht mit der Vorstellung einer rückwärtsgewandten Totalrevision der deutsch-polnischen Grenzen konform ging und die insbesondere eine klare Absage an jegliche Anwendung von Gewalt enthielt:

»Wo Angehörige verschiedener Nationen gemischt beieinander wohnen, wird eine ideale Grenze schwer zu ziehen sein. Die Grenze muß dann so gezogen werden, daß auf beiden Seiten möglichst gleichstarke Minderheiten bleiben, die besondere Minderheitsrechte genießen. Grundsätzlich ist festzuhalten, daß Grenzveränderungen nicht auf gewaltsame Weise durch Schaffung vollendeter Tatsachen vorgenommen werden dürfen, sondern nur im Rahmen eines zu schaffenden, für alle gleichmäßig geltenden Völkerrechts.«<sup>35</sup>

Drei Gesichtspunkte wurden entscheidend für Müllers Überlegungen hinsichtlich einer möglichen Revision der deutsch-polnischen Grenze zu einem Zeitpunkt, der vorerst jenseits der einer deutschen Regierung gegebenen Voraussetzungen und Handlungsspielräume lag. Zunächst einmal war die Notwendigkeit einer friedlichen Regelung in Kooperation aller Beteiligten für Müller von ebenso essenzieller wie absoluter Qualität. Es existiert praktisch keine Rede und keine Schrift Hermann Müllers aus der Zeit der Weimarer Republik zu Fragen der internationalen Politik, in der er nicht für die Erhaltung des europäischen Friedens um des Friedens selbst willen plädiert und vor den Folgen einer Wiederholung des Weltkriegs gewarnt hätte.<sup>36</sup> Gerade im Hinblick auf die deutsche Politik gegenüber Polen bedeutete das sachlogisch von vornherein einen unbedingten Vorrang der friedlichen Methoden vor dem Ziel einer Revision der Staatsgrenzen. So verdient es hervorgehoben zu werden, dass Müller 1923 vor dem Reichstag im Namen seiner Partei mehrfach erklärte, ein von deutscher Seite auszusprechender Gewaltverzicht im Rahmen eines Sicherheitspakts der Rheinanliegerstaaten habe – anders als er dann später im Vertragswerk von Locarno realisiert wurde – »selbstverständlich [...] auch nach dem Osten hin zu gelten. Grenzveränderungen sollen in Zukunft nicht mehr auf dem Wege kriegerischer Abenteuer gelöst werden, sondern nur durch Befragung der in Betracht kommenden Bevölkerung.«<sup>37</sup> Man sei aufseiten der SPD-Fraktion bereit, über ein Menschenalter hinaus »in feierlichster Form die Erklärung abzugeben, daß Deutschland keinerlei Krieg gegen irgendeine Macht führen will«, dass folglich die Abmachung, die die Reichsregierung nur in Richtung Westen vorgeschlagen habe, »sich auch auf den Osten erstreckt, also ganz allgemein gelten soll.«<sup>38</sup>

Zu dem Gewaltverzicht gesellte sich zweitens die Suche nach einem rechtlichen Verfahren auf internationaler Ebene zur friedlichen Regelung der zwischen dem Deutschen Reich und der Republik Polen bestehenden Grenzproblematik. Hier hatte Müller bereits im Rahmen der Debatte über die Ratifikation des Friedensvertrags in der Nationalver-

34 Ebd., S. 75. In der vom Görlitzer Parteitag im September 1921 angenommenen Endfassung des Parteiprogramms verlor dieser Satz seine Spitzenposition im Abschnitt »Völkerbeziehungen und Internationale« zugunsten einer Reminiszenz an den internationalen Zusammenschluss der Arbeiterklasse; er rückte in die Mitte eines langen Absatzes zum Völkerbund, und statt »nationale Selbstbestimmung« hieß es nun nur noch »Selbstbestimmung«: Programm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, beschlossen auf dem Parteitag in Görlitz 1921, in: *Dieter Dowe/Kurt Klotzbach* (Hrsg.), *Programmatische Dokumente der deutschen Sozialdemokratie*, 3., überarb. u. aktual. Aufl., Bonn 1990, Dok. Nr. XV, S. 203–209, hier: S. 209.

35 Müller, *Völkerbeziehungen und Internationale*, S. 78f.

36 Vgl. nur *Hermann Müller*, *Demokratische Außenpolitik*, in: *Die Gesellschaft* 1, 1924, H. 1, S. 42–46, hier: S. 45.

37 Hermann Müller im Reichstag, 13.1.1923, in: *Verhandlungen des Reichstags. Stenographische Berichte*, Bd. 357, S. 9424–9428, hier: S. 9427.

38 Hermann Müller im Reichstag, 16.4.1923, in: ebd., Bd. 359, S. 10546–10551, hier: S. 10551.

sammlung im Juli 1919 unter lebhaftem Beifall seine Zuversicht kundgetan, dass »auf friedlichem Wege in hoffentlich nicht zu ferner Zeit in einem wahren Bund der Völker alle strittigen nationalen Probleme eine gerechte, das heißt eine den Willen der Bevölkerung achtende Lösung finden werden.«<sup>39</sup> Der Völkerbund, gegen dessen tatsächliche Gestalt als eines Instruments der Siegermächte unter Ausschluss der Verlierer des Weltkriegs Müller anfänglich noch deutliche Vorbehalte geltend gemacht hatte, wurde seit 1923 zunehmend zur zentralen internationalen Institution in seinen Reflexionen über eine friedliche Revision der deutschen Ostgrenze. In einem »wirklichen Völkerbund [...], in dem das Recht gegen alle gleichmäßig angewandt wird«, wähte Müller die Organisation, die »auch die Instanzen zu schaffen« habe, »in denen die Wiedergutmachung des Unrechts zu erfolgen hätte, das 1919 verübt wurde«. Dabei könne es nicht darum gehen, das Unrecht von damals durch neues Unrecht zu korrigieren und damit den Keim zu neuen gewaltsamen Konflikten zu legen. Vielmehr müsse »ein wahrer Völkerbund die Normen finden«, den Willen der Bevölkerung »auf friedlichem Wege festzustellen«. Müller verwies in diesem Zusammenhang erneut auf »die von dem heutigen Völkerbund verübte Rechtsbeugung gegen die deutschen Oberschlesier, Saarländer, Memeler und Danziger«, durch die »in Deutschland eine völkerbundfeindliche Stimmung großgezogen« worden sei.<sup>40</sup>

Territoriale Revisionen stellten jedoch nicht das einzige von Müller erwogene Instrument für einen möglichen Ausgleich dar. Eine wirksame Regelung zum Schutz der Minderheiten bildete nämlich das dritte Element, das Müller für eine dauerhafte Befriedung der deutsch-polnischen Grenze für unabdingbar erachtete.<sup>41</sup> Diesem Aspekt widmete er in seinem Kommentar zum Heidelberger Parteiprogramm aus dem Jahr 1925 erhöhte Aufmerksamkeit:

»Wo aber Angehörige verschiedener Nationalität gemischt beieinander wohnen, sollte die Grenze so gezogen werden, daß auf beiden Seiten möglichst in gleichem Umfang Minderheiten wohnen, die besondere, international garantierte Minderheitsrechte genießen. So muß ihnen die Erhaltung ihrer Sprache und ihrer ererbten nationalen Kultur im Rahmen eines demokratischen [!] Staates ermöglicht werden.«<sup>42</sup>

Das bedeutete wiederum sachlogisch, dass Müllers Vorstellungen zufolge auch nach einer möglichen Teilrevision der deutsch-polnischen Grenze weiterhin Deutsche in erheblicher Zahl als loyale polnische Staatsbürger in einer Republik Polen leben würden. Für die Normierung und Garantie des Minderheitenschutzes vertraute Müller auf die Autorität des Völkerbundes, der den Angehörigen der betroffenen Nationalitäten die Freiheit zu gewähren habe, »sich kulturell auszuleben«.<sup>43</sup> Als essenzielle Voraussetzung für eine funktionierende

39 Hermann Müller in der Nationalversammlung, 9.7.1919, in: Verhandlungen der verfassungsgebenden Deutschen Nationalversammlung. Stenographische Berichte, Bd. 327, S. 1408.

40 Müller, Demokratische Außenpolitik, S. 43f.

41 Die bilateralen Konflikte um die Rechte und den Schutz der Minderheiten und die Auslegung der entsprechenden Verträge durchzogen den gesamten hier behandelten Zeitraum; immerhin waren mit im Laufe der Zeit abnehmender Tendenz rund 1,3 bis 1,1 Millionen Deutsche in Polen und – bei sehr unsicheren Kriterien und Schätzungen – bis zu einer Million Polen in Deutschland betroffen. Vgl. aus der reichhaltigen Literatur nur die zusammenfassende Darstellung von Riekhoff, German-Polish Relations, Kap. VIII, S. 194–225, sowie die Beiträge von Przemysław Hauser, Die deutsche Minderheit in Polen 1918–1933, in: Jacobmeyer, Die deutsch-polnischen Beziehungen 1919–1932, S. 67–86; Wojciech Wrzesiński, Die polnische Bevölkerung in der Weimarer Republik, in: ebd., S. 89–95; und Rudolf Michaelsen, Das deutsch-polnische Minderheitenproblem im internationalen Zusammenhang, in: ebd., S. 97–108.

42 Hermann Müller, Internationale Politik, in: Paul Kampffmeyer (Red.), Das Heidelberger Programm. Grundsätze und Forderungen der Sozialdemokratie, Berlin o.J. [1925], S. 64–70, hier: S. 67f.

43 Müller, Demokratische Außenpolitik, S. 44f.

Protektion und Integration ethnischer Minderheiten betrachtete der SPD-Vorsitzende dabei offenkundig die Organisation der beteiligten Staaten gemäß demokratischen Maßstäben.

Insgesamt brachte Müller als der maßgebliche Exponent sozialdemokratischer Außenpolitik damit ein in sich stimmiges theoretisches Modell in die zunächst einmal deutsche Diskussion ein, dessen Umsetzung in die Praxis – die gewiss mit ungeheuren Schwierigkeiten und wohl auch Aporien verbunden gewesen sein würde – sowohl den Weg für eine friedliche Neuregelung der verwickelten Grenzziehungen und -streitigkeiten der 1920er-Jahre in ganz Europa weisen konnte als auch der Verfolgung spezifisch deutscher Interessen in einer kooperativen internationalen Verfahrensweise Chancen einräumte, wobei dem Instrument des Völkerbundes die zentrale Rolle zufallen würde. In einer sich längerfristig beruhigenden europäischen Gesamtsituation und unter der Voraussetzung anhaltender, erfolgreicher deutscher Bemühungen um die Erfüllung der finanziellen Verpflichtungen, die sich aus dem Friedensvertrag und den einschlägigen Folgeverhandlungen ergaben, bestand, nicht zuletzt angesichts deutlicher Signale insbesondere der britischen Seite hinsichtlich ihrer Bereitschaft, auch über territoriale Regelungen der Versailler Ordnung und insbesondere über den polnischen Korridor und Danzig beizeiten noch einmal zu verhandeln<sup>44</sup> – und nichts anderes macht die eigentliche Bedeutung des Wortes »Revision« aus – durchaus die realistische Möglichkeit zu einer friedlichen Revisionspolitik im Konsens der Mächte. Hier zeigt sich ein Moment der Offenheit der Geschichte Weimars im Rahmen der internationalen Beziehungen, das nicht voreilig mit der pauschalen Verdammung eines vermeintlich eindimensional rückwärtsgewandten »Revisionssyndroms« abgetan werden sollte. Ganz besonders gilt es die bei Müller schon ganz am Beginn seiner Bemühungen um die deutsche Außenpolitik stehende absolute und freiwillige Selbstbeschränkung in den Methoden zu beachten, wenn vom Problemkomplex »Sozialdemokratie und Revisionismus« die Rede ist: Müller ließ nie einen Zweifel daran, dass sein außenpolitisches Wirken an erster Stelle das Ziel verfolgte, »daß die Methoden einer friedlichen Demokratie endlich und dauernd in der äußeren Politik Europas triumphieren«.<sup>45</sup> »Wir werden auf der Bahn, deren Vertretung wir seit Jahren für richtig gehalten haben, weiter fortschreiten, bis wir unser Ziel erreicht haben«, versicherte Müller 1926 im Reichstag, »bis die europäische Befriedung durchgesetzt ist«.<sup>46</sup> Das *Movens* seiner Revisionspolitik lag letztlich stets in einer dauerhaften Friedensordnung für Europa, nicht in der Entfaltung deutscher Macht.

### III. 1928–1930: NORMALISIERUNG ALS MÖGLICHKEIT. DIE POLENPOLITIK DES REICHSKANZLERS

Auf dem Feld der operativen Politik gegenüber Polen handelte Müller unterdessen auch weiterhin nicht im Sinne einer territorialen Revision. Vielmehr legte er ein hohes Maß an Realismus an den Tag, als er im März 1927 einem Briefpartner darlegte: »Auf absehbare Zeit kann noch keine polnische Regierung im Korridor Konzessionen machen. Auch England könnte das in Warschau nicht durchsetzen.«<sup>47</sup> Einige Monate zuvor bereits hatte

44 Vgl. nur *Riekhoff*, German-Polish Relations, S. 248f. und 280–283, und die Hinweise bei *Mommsen*, Aufstieg und Untergang der Republik von Weimar 1918–1933, S. 229 und 249, sowie *Patrick O. Cohrs*, The Unfinished Peace after World War I. America, Britain and the Stabilisation of Europe, 1919–1932, Cambridge/New York etc. 2006, S. 335f., sowie die umsichtige Diskussion der Lage in der zweiten Hälfte der 1920er-Jahre, ebd., S. 409–416.

45 *Müller*, Demokratische Außenpolitik, S. 45.

46 Hermann Müller im Reichstag, 24.11.1926, in: Verhandlungen des Reichstags. Stenographische Berichte, Bd. 391, S. 8160–8168, hier: S. 8168.

47 Hermann Müller an Hugo Sinzheimer, 14.3.1927, Bundesarchiv (BArch) Berlin, N 2200 (NL Hermann Müller), Bd. 1, Bl. 124.

Müller in einer Aufzeichnung von Stichpunkten für etwaige Koalitionsverhandlungen im Falle eines Wiedereintritts der SPD in die Reichsregierung zu außenpolitischen Fragen außer »Handelspolitik mit dem Ziel der Förderung des industriellen Exports« lediglich vermerkt: »Fortführung der Verständigungspolitik von London, Genf und Thoiry mit dem Ziel der Befreiung der Rheinlande und des Saargebiets.«<sup>48</sup> Das diente denn auch als Leitlinie, als Müller Ende Juni 1928 erneut die Reichskanzlerschaft übernahm. Gerade im Hinblick auf die »Behandlung der Ostfragen«, so ließ Müller in der Debatte über seine Regierungserklärung verlauten, werde man »den bisherigen Kurs der Außenpolitik weiterverfolgen«, und es gebe deshalb auch »keinen Grund zu vermuten, daß wir zum Beispiel in der Frage des sogenannten Ost-Locarno den Standpunkt ändern würden.«<sup>49</sup> Mit anderen Worten: Reichskanzler Müller wollte an der Politik der friedlichen Verständigung festhalten, die der Reichsminister des Auswärtigen Gustav Stresemann in den vergangenen Jahren erfolgreich praktiziert hatte und die letztlich auf den gedanklichen Grundlagen beruhte, die Müller selbst als Außenminister 1919 formuliert hatte; er hielt die Frage einer Revision der Grenze zu Polen weder für vordringlich noch für akut, ließ zugleich aber diese Grenzproblematik bewusst in der Schwebe und war nicht bereit, sich für eine förmliche Garantie der Grenze nach dem Muster von Locarno einzusetzen.<sup>50</sup> Wie fern Müller der Gedanke einer endgültigen Anerkennung der bestehenden deutsch-polnischen Grenzen lag, gibt ein Schreiben an seinen Vertrauten, den deutschen Gesandten in Warschau Ulrich Rauscher, zu erkennen, der selbst Sozialdemokrat war. Müller gibt darin zu erwägen, »es war vielleicht falsch, dass man gelegentlich von einer Generalbereinigung der deutsch-polnischen Beziehungen gesprochen und geschrieben hat, und darin böswillige Nationalisten das Ostlocarno zu wittern versuchten«.<sup>51</sup>

Dessen ungeachtet widmete Reichskanzler Müller in seiner zweiten Amtszeit sein Bemühen fortgesetzt der deutsch-polnischen Verständigung. Dem polnischen Außenminister August Zaleski gegenüber versicherte Müller im September 1928 am Rande der Genfer Völkerbundtagung, dass

»er selbst immer sehr dafür eingetreten sei, daß die Beziehungen zwischen Polen und Deutschland korrekt gestaltet würden. Mit Rücksicht auf die großen Grenzen, die beide Länder gemeinsam hätten, und mit Rücksicht darauf, daß jedes Land dem anderen etwas zu geben hätte, ja daß sie sogar in gewissen Fragen aufeinander angewiesen seien, sei er [...] bereits vor seiner Amtszeit als Kanzler stets für die Regelung der deutsch-polnischen Fragen eingetreten«.

Insbesondere gab der Reichskanzler seiner Hoffnung Ausdruck, »daß der Handelsvertrag möglichst bald zu einem für beide Teile befriedigenden Abschluß kommen möge«.<sup>52</sup> Die zähen und schwierigen Verhandlungen über diesen Vertrag und über das parallel auszuhandelnde bilaterale Liquidationsabkommen zur Regelung offener gegenseitiger Finanz- und Vermögensfragen, die sich aus dem Weltkrieg und den wirtschaftlichen und territoria-

48 Hermann Müller, maschinenschriftliche Aufzeichnung o.D., handschriftlich betitelt »Anfang Dezember 1926 privat zusammengestellt für den Fall, daß es zu einer Regierung der großen Koalition käme. M«, ebd., Bd. 90, Bl. 3f.

49 Hermann Müller im Reichstag, 5.7.1928, in: Verhandlungen des Reichstags. Stenographische Berichte, Bd. 423, S. 90–92, hier: S. 92.

50 Das entsprach der in der SPD insgesamt vorherrschenden Linie in der Polenpolitik, vgl. dazu *Riekhoff*, German-Polish Relations, S. 308–310.

51 Hermann Müller an Ulrich Rauscher, 21.11.1929, AdsD, NL Hermann Müller III, Nr. 80.

52 Unterredung zwischen dem Reichskanzler und dem polnischen Außenminister Zaleski in Genf, 12.9.1928, in: AdR. Das Kabinett Müller II. 28. Juni 1928 bis 27. März 1930, Bd. 1, Boppard am Rhein 1970, Dok. Nr. 22, S. 95–97. Müller verwies im Übrigen auf seine persönlichen Beziehungen zu Polen und seine jahrzehntelange gute Bekanntschaft mit dem sozialistischen Sejm-Abgeordneten Hermann Diamand.

len Regelungen von 1919 bis 1921 ergeben hatten, zogen sich während der gesamten Regierungszeit des zweiten Kabinetts Müller hin.<sup>53</sup>

Es handelte sich bei den Wirtschaftsbeziehungen zwischen den beiden Nachbarstaaten in der Mitte Europas jenseits bestehender Divergenzen über die Grenzziehung tatsächlich um eine vor allem für Polen elementare Frage; nicht zufällig verwies Müller mehrfach auf das beiderseitige Aufeinanderangewiesensein. Der deutsch-polnische Wirtschaftsraum in den Grenzen der Zwischenkriegszeit bildete nicht nur historisch, sondern auch in der Sache einen Verflechtungszusammenhang, der sich aus dem Neben- und Miteinander einer hoch industrialisierten und einer weitgehend agrarischen Nationalökonomie ergab. Das Deutsche Reich strebte nach einem ungehinderten Export von hochwertigen Industriegütern und anderen Fertigwaren, die Republik Polen benötigte in noch stärkerem Maße – und dieses wirtschaftliche Ungleichgewicht zugunsten der deutschen Seite stellte kein geringes Problem dar – Deutschland als Abnehmer seiner landwirtschaftlichen Produkte und einiger Rohmaterialien; dabei war das Reich für Polen in jeder Hinsicht der bei Weitem wichtigste Handelspartner, während der polnische Anteil an den deutschen Ex- und Importen bei rund 5% lag. Daraus schien sich für die deutsche Seite die Möglichkeit zu ergeben, Polen jederzeit durch Zoll- und Sperrmaßnahmen bis hin zum Handelskrieg zu schädigen oder zu Konzessionen zu nötigen – wobei die Interessen innerhalb der deutschen Wirtschaft zwischen den Vertretern des freihandelsorientierten industriellen Exports und der speziell gegenüber Polen protektionistisch eingestellten Landwirtschaft durchaus geteilt waren –, während die polnische Regierung darauf bedacht war, sich nicht erpressen zu lassen, im eigenen Interesse gleichwohl auf ein Entgegenkommen nicht verzichten konnte. Besonders umstritten war während der gesamten 1920er-Jahre neben dem Umfang des Exports billiger polnischer Steinkohle der Komplex des polnischen Schweineexports ins Reich bei gleichzeitiger Steigerung der Schweineproduktion im Osten Deutschlands.<sup>54</sup>

Müller übernahm das Problem des Handelsvertrags von den Vorgängerregierungen, die sich seit 1925/26 um die Überwindung des faktisch seit 1920 mehr oder weniger offen geführten Zoll- und Handelskriegs Gedanken gemacht hatten und die ohnehin eine dauerhafte Regelung suchen mussten, nachdem die handelspolitischen Bestimmungen des Versailler Vertrags 1925 ausgelaufen waren. Verschiedene Konfliktlinien überschritten sich, so etwa die zeitweilig im Umkreis Stresemanns und des Auswärtigen Amts verfolgten Ideen, Polen auf dem Weg einer wirtschaftlichen Destabilisierung zu Konzessionen in territorialen Fragen zu bewegen, mit dem Interesse an einer für beide Seiten gedeihlichen wirtschaftlichen Zusammenarbeit, oder die vorbehaltlose Unterstützung der Handelsvertragsverhandlungen durch den Gesandten Rauscher in Warschau mit der kontraproduktiven und obstruktiven Verhandlungsführung durch den Zentrumspolitiker und ehemaligen Reichsernährungsminister Andreas Hermes, der sich als Wahrer der Interessen der deutschen Agrarwirtschaft verstand. Reichskanzler Hermann Müller jedenfalls zählte, wie auch seine privatdienstliche Korrespondenz mit dem »lieben Uli« Rauscher erweist, zu den nachdrücklichen Befürwortern erfolgreicher Verhandlungen um das Handels- und das Liquidationsabkommen. Nicht nur dürfe, so Müller im August 1928, »von deutscher Seite in

53 Vgl. zusammenfassend ebd., Einleitung, Seite VII–LXIX, hier: S. XXIX–XXXI; Kurt Doß, Zwischen Weimar und Warschau. Ulrich Rauscher. Deutscher Gesandter in Polen 1922–1930. Eine politische Biographie, Düsseldorf 1984, S. 102–123; sowie in größerem Zusammenhang Riekhoff, German-Polish Relations, S. 167–190.

54 Vgl. neben Riekhoff, German-Polish Relations, S. 161–163, und Krüger, Die Außenpolitik der Republik von Weimar, S. 468–470, insb. Strobel, Die Wirtschaftsbeziehungen Deutschlands und Polens 1919–1932, und Czesław Łuczak, Die polnisch-deutschen Wirtschaftsbeziehungen in den Jahren 1918–1932, in: Jacobmeyer, Die deutsch-polnischen Beziehungen 1919–1932, S. 125–136.

formaler Beziehung nichts geschehen, was das Zustandekommen der Verträge erschwert«. Da »von deutscher Seite mit Ernst auf einen Vertragsabschluß hingearbeitet« werde, müsse man sich auch »taktisch so einrichten, dass nicht Prestigefragen das Zustandekommen der Verträge erschweren. Es muss diesmal wirklich festgestellt werden, ob die sachlichen Grundlagen für einen Vertragsabschluss mit Polen gefunden werden können.«<sup>55</sup> Noch Ende 1929 stand es mit den Verhandlungen über den Handelsvertrag »wieder einmal nicht zum besten«. Die letzten fünf Prozent des Vertragsinhalts seien schwer hereinzuholen. Doch Rauscher solle sich »durch die Schweine den Silvesterpunsch nicht verderben« lassen.<sup>56</sup>

Der zweifache Vertragsabschluss fand schließlich statt, und das bereits am 31. Oktober 1929 unterzeichnete Liquidationsabkommen wurde nach weiteren Detailverhandlungen am 12. März 1930 im Reichstag ratifiziert. Es wurde von Harald von Riekhoff als »the most positive achievement in German-Polish relations during the Weimar period« charakterisiert, »and constituted the highwater mark in the gradual improvement of relations between 1926 and 1929«.<sup>57</sup> Dass der am 17. März 1930 unterzeichnete Handelsvertrag auf deutscher Seite nicht mehr zur Ratifikation gelangte, ist am wenigsten Hermann Müller anzulasten. Nach dem Rücktritt des Reichskanzlers und der Demission seines Kabinetts am 27. März 1930 versandete das Projekt in den Ausschüssen des Reichstags: Müllers Nachfolger Heinrich Brüning und sein deutschnationaler Landwirtschaftsminister Martin Schiele legten ihr demonstratives Desinteresse an einer Verbesserung der deutsch-polnischen Beziehungen an den Tag und schmiedeten sogleich Pläne für neue Zölle auf die Einfuhr von Schweinen und Schweinefleisch, die dem Geist und dem Buchstaben des an Freihandel und Meistbegünstigung orientierten Handelsvertrags eklatant zuwiderliefen.<sup>58</sup> »Die Nachfolger des Kabinetts der Großen Koalition verspielten die Chance«, so das Urteil Hans Mommsens, »durch den Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen mit Polen die Grundlagen für einen dauernden politischen Ausgleich zu schaffen, der eine Entspannung des Korridor-Problems hätte nach sich ziehen können.«<sup>59</sup>

Die beiden Abkommen mit Polen, die unter der Regierung Hermann Müller ausgehandelt worden waren, gelten als »die letzten, innenpolitisch nur mit äußerster Anstrengung erkämpften Erfolge der Verständigungspolitik«.<sup>60</sup> »Liquidationsabkommen und Handelsvertrag hätten nach den Intentionen ihrer Protagonisten die Funktion einer Art Friedensschlusses zwischen Deutschland und Polen wahrnehmen, hätten eine Phase normalerer und ruhigerer Beziehungen der beiden Nachbarstaaten einleiten sollen.«<sup>61</sup> Harald von Riekhoff ordnete die Verträge bereits 1971 in einen größeren Zusammenhang ein:

»In the period between 1926 and 1930 there occurred a distinct improvement in German-Polish relations to the extent that one might even speak of normalization. [...] The latter trend was particularly evident between 1928 and 1930 when the Social Democrats constituted the key element in Chancellor Müller's government.«<sup>62</sup>

55 Hermann Müller an Ulrich Rauscher, 28.8.1928, AdsD, NL Hermann Müller III, Nr. 63.

56 Müller an Rauscher, 30.12.1929, ebd., Nr. 81. Ebenso wie Müller bemühte sich Rauscher im Verhältnis zu Polen vor Ort »um eine pragmatische, emotionsfreie Politik«, so Ursula Büttner, Weimar. Die überforderte Republik 1918–1933. Leistung und Versagen in Staat, Gesellschaft, Wirtschaft und Kultur, Stuttgart 2008, S. 161.

57 Riekhoff, German-Polish Relations, S. 160.

58 Vgl. Andreas Rödder, Stresemanns Erbe. Julius Curtius und die deutsche Außenpolitik 1929–1931, Paderborn/München etc. 1996, S. 168–170.

59 Mommsen, Aufstieg und Untergang der Republik von Weimar 1918–1933, S. 346. Vgl. auch Büttner, Weimar, S. 427f.

60 Krüger, Die Außenpolitik der Republik von Weimar, S. 502.

61 Wagner, Die Weimarer Republik und die Republik Polen, S. 47.

62 Riekhoff, German-Polish Relations, S. 131. Vgl. zum Aspekt der Normalisierung am Beispiel Rauschers auch Krüger, Die Außenpolitik der Republik von Weimar, S. 503f.

Tatsächlich spricht insgesamt betrachtet aus der Perspektive der Jahre 1928 bis 1930 einiges für die Möglichkeit einer gewiss schwierigen, aber doch nachhaltigen Normalisierung im Alltag und in der Praxis der deutsch-polnischen Beziehungen, ganz ungeachtet der fortbestehenden grundsätzlichen Differenzen in der Frage der Grenzziehung. Jedenfalls änderte sich in Deutschland erst »mit dem Rücktritt des Kabinetts Hermann Müller die politische Landschaft. Mäßigung im Umgang mit außenpolitischen Themen kam gewissermaßen aus der Mode, was sich vor allem im Verhältnis zu Polen außerordentlich negativ bemerkbar machte«<sup>63</sup>, und nach 1930 fehlten in der deutschen Polenpolitik die Kraft und der Ansporn der Sozialdemokratie in Richtung einer weiteren Aussöhnung mit dem östlichen Nachbarn<sup>64</sup> – das Ende der sozialdemokratisch geführten Regierung unter dem Reichskanzler Hermann Müller markierte offensichtlich einen Bruch mit der kooperativ-konstruktiven Revisions- und Verständigungspolitik der Weimarer Republik, der sich unmittelbar auch in der Entwicklung der deutsch-polnischen Beziehungen manifestierte.

Nun soll die Person Hermann Müllers gewiss nicht idealisiert oder gar glorifiziert werden. Dazu besteht kein Anlass, denn das hier am Beispiel der Politik des Deutschen Reichs gegenüber der Republik Polen gezeichnete Bild eines modernen, freiheitlich-demokratisch grundierten Außenpolitikers, der eine friedliche, im Wesentlichen sachlichen Argumenten verpflichtete republikanische Außenpolitik verkörperte, ist hinreichend konsistent. Gleichwohl ist die Wirklichkeit in der Regel komplizierter, als es in sich stimmige und nach Möglichkeit widerspruchsfreie Interpretationsangebote von Geschichtswissenschaftlern suggerieren mögen, und bei jedem erfolgreichen und über viele Jahre hinweg aktiven Politiker unter demokratischen Verhältnissen wird man bei genauerem Hinsehen Äußerungen finden, die widersprüchlich oder fragwürdig erscheinen. Hermann Müller war selbstverständlich ein Kind seiner Zeit, und seine Diktion mutet aus heutiger Sicht mitunter befremdlich an. Er war ein national denkender sozialdemokratischer Politiker, was er selbst am wenigsten bestritten hätte, und das Begriffsfeld des »Volkes« war ihm vertraut.

In diesen Zusammenhang ist es einzuordnen, wie sich der sozialdemokratische Reichskanzler im Reichstag zu den wirtschaftlichen, insbesondere agrarischen, und den demografischen Problemen in Ostpreußen äußerte. Bereits in seiner Regierungserklärung vom 3. Juli 1928 hieß es, die Reichsregierung werde die landwirtschaftliche Siedlung fördern mit dem Ziel, »hierbei namentlich den dünnbevölkerten Grenzgebieten neue Kräfte zuzuführen und möglichst vielen tüchtigen Siedlungsanwärtern, auch solchen, die nur geringe Anzahlungen leisten können, zu einer Siedlerstelle zu verhelfen«.<sup>65</sup> Mag man dahinter noch primär sozialpolitisch motivierte, gegebenenfalls sogar auf eine Reduzierung des Großgrundbesitzes durch Aufsiedelung bedachte Maßnahmen vermuten, so wurde Müllers Intention im November deutlicher: Selbstverständlich betrachte niemand im Reichsgebiet Ostpreußen als abgeschlossen. »Ich denke an noch andere Maßnahmen für Ostpreußen, über die wir uns vielleicht in absehbarer Zeit unterhalten werden. [...] ich halte die Bildung einer lebendigen Mauer an der slavischen Grenze durch Ansiedlung deutscher Bauern für ungeheuer wichtig.«<sup>66</sup> Dieser Satz steht so in den Reden und Schriften Müllers einzig da. Doch waren solche Gedanken unter führenden Vertretern der Weimarer Sozialdemokratie weitverbreitet, sie verweisen übrigens auch auf eine inhaltliche wie persönli-

63 *Wagner*, Die Weimarer Republik und die Republik Polen, S. 47.

64 *Riekhoff*, German-Polish Relations, S. 310. In den Jahren 1930 bis 1933 vermag Riekhoff schließlich nur noch »The Disintegration of Relations« zu konstatieren, ebd., Kap. XI, S. 327–379.

65 Hermann Müller, Regierungserklärung vor dem Reichstag, 3.7.1928, in: Verhandlungen des Reichstags. Stenographische Berichte, Bd. 423, S. 38–46, hier: S. 42.

66 Hermann Müller im Reichstag, 15.11.1928, in: ebd., S. 349f., hier: S. 350.



che Nähe zu einschlägigen, mit wehrpolitischen Notwendigkeiten begründeten Auffassungen des Reichswehrministers General Wilhelm Groener.<sup>67</sup>

In denselben Zusammenhang eines an nationalen, ja ohne Weiteres völkisch zu nennenden Kriterien orientierten Denkens gehört es, wenn Müller als ein wesentliches Argument für den Abschluss des Liquidationsabkommens anführte, dass damit »die letzte Gelegenheit gegeben ist, die 12.000 deutschstämmigen Bauern im Posenschen zu retten. Ein nationales Problem ersten Ranges und deshalb zu werten als grosses Zugeständnis auf unserer Aktivseite.«<sup>68</sup> Müller reihte sich damit ein in das Bemühen nahezu sämtlicher Politiker auf Reichs- und preußischer Ebene, mit allen zur Verfügung stehenden vor allem finanziellen Mitteln eine Abwanderung von Deutschen aus den an Polen abgetretenen Gebieten zu verhindern, um die Legitimation der einschlägigen Revisionsforderungen nicht zu schwächen. Kritische Geister mögen in solchen Äußerungen den Anstoß finden, weiter zu suchen und Belege zu sammeln für die These, Müller sei eben nichts als ein typischer Exponent einer »rechten« Sozialdemokratie, deren chauvinistischer Nationalismus sich bestenfalls graduell unterschieden habe von den in weiten Kreisen der deutschen Bevölkerung verbreiteten völkischen Anschauungen, der sich mühelos der vermeintlich geschlossenen Gruppe jener Protagonisten des »Weimarer Revisionssyndroms« zurechnen lasse, die dem Volkstumskampf das Movens ihrer das internationale System destabilisierenden Propaganda und der daraus erwachsenden politischen Folgen entnahmen. Demgegenüber ist sachlich zu konstatieren, dass auch für sozialdemokratische Politiker aus Müllers Generation, die im Kaiserreich sozialisiert worden waren und die im Weltkrieg das Vaterland zu verteidigen vermeint hatten, das Nationale als Identifikationsmerkmal vielfach eine herausragende Rolle spielte und ihre politischen Auffassungen und ihr Handeln entsprechend prägte, ja dass selbst das Bemühen um eine demokratische Außenpolitik mitunter von heute atavistisch anmutenden Rückfällen in nationalistische Denkmuster beeinträchtigt werden konnte.

#### IV. 1930–1931: AKTUALISIERUNG DES REVISIONISMUS UNTER DEM EINDRUCK NATIONALSOZIALISTISCHER WAHLERFOLGE

Hermann Müller mochte nach seinem Rücktritt in der Regierung Heinrich Brüning kein die Republik gefährdendes Potenzial erkennen, und er schätzte insbesondere die Gefahr des Nationalsozialismus im Frühjahr 1930 gering ein: »Die Elemente, die innenpolitisch eine faschistische Diktatur erzwingen und nach außen den Revanchekrieg führen wollen«, versicherte der Reichskanzler a.D. Anfang April in einem Artikel für die »United Press of America« der US-amerikanischen Öffentlichkeit, »sind eine einflußlose Minderheit«.<sup>69</sup> In einem komplementären Artikel zur Außenpolitik wählte Müller die Stabilität der Republik

67 Vgl. etwa *Mommsen*, Aufstieg und Untergang der Republik von Weimar 1918–1933, S. 285: Carl »Severing sprach von der Notwendigkeit, einen »widerstandsfähigen, treudeutschen Bauernwall« gegen die Gefahr slawischer Überfremdung aufzurichten«, sowie zu Otto Brauns Nähe zu Groeners Vorstellungen *Hagen Schulze*, Otto Braun oder Preußens demokratische Sendung. Eine Biographie, Frankfurt am Main/Berlin etc. 1977, S. 680f., und zusammenfassend *Peter Krüger*, The European East and Weimar Germany, in: Mühle, Germany and the European East in the Twentieth Century, S. 7–27, hier: S. 20f.: »to protect, strengthen and advance Germanness (*Deutschum*) at home and abroad, and to defend the *Ostmark*, [...] crept into the thinking of even serious-minded and moderate people. The national appeal seemed inevitable«.

68 Müller an Rauscher, 21.11.1929, AdsD, NL Hermann Müller III, Nr. 80.

69 *Hermann Müller*, Die Zukunft der deutschen Republik. Maschinenschriftliches Manuskript o.D. [1.4.1930], AdsD, NL Hermann Müller VII, Nr. 6, Zitat: S. 5. Vgl. zum Hintergrund der Artikelserie Müllers für die UPA F. C. M. Jahn an Hermann Müller, 29.3.1930, NL Hermann Müller IV, Nr. 539.

– nicht zuletzt als Ergebnis seiner eigenen erfolgreichen Bemühungen in den vergangenen beiden Jahren – auch im Bereich der internationalen Beziehungen gesichert. Im Verhältnis zur Republik Polen schien ein Kurswechsel weder angebracht noch notwendig:

»Auch nach Osten hin gelang es der Regierung im letzten Jahre die Befriedung zu fördern. Dort ist durch den Versailler Vertrag Ostpreussen als Insel vom übrigen Deutschland förmlich abgeschnitten. Die nationalen Gegensätze sind stark. Trotzdem gelang es, einen Handelsvertrag mit Polen fertigzustellen, der allerdings noch von den Parlamenten genehmigt werden muß, und durch Abschluss des Liquidationsabkommens die deutschen Bauern, die unter polnischer Herrschaft leben, in ihrem Besitz zu festigen.«<sup>70</sup>

Von einer territorialen Revision gegenüber Polen ist bei Müller in dieser Zeit des Frühjahrs und Sommers 1930 nirgends die Rede, weder als latentes Ziel noch gar als akuter Gegenstand gegenwärtiger oder künftiger deutscher Außenpolitik. Ob sich dahinter die Möglichkeit verbarg, dass die Sozialdemokratie mittel- oder langfristig zu einem faktischen Verzicht auf die Revision der deutsch-polnischen Grenze bereit sein würde, muss letztlich eine offene Frage bleiben.<sup>71</sup>

Denn der erschreckende und die deutsche wie die internationale Öffentlichkeit aufrüttelnde Erfolg der Nationalsozialisten bei den Wahlen zum Deutschen Reichstag am 14. September 1930, den Hermann Müller so in keiner Weise erwartet hatte, änderte in seiner Perspektive die Koordinaten der Weimarer Republik auch im Hinblick auf ihren Ort im internationalen System beträchtlich. Müller sah jetzt die innenpolitische Basis der spezifischen friedlichen Weimarer Verständigungs-, Erfüllungs- und Revisionspolitik – seiner Politik – akut gefährdet und rückte den Gedanken in den Vordergrund, dass auf dem Feld der auswärtigen Politik nur ein weiteres Entgegenkommen der westlichen Vertragspartner des Deutschen Reichs der Agitation der NSDAP und ihrer rechtsnationalistischen Verbündeten den Wind aus den Segeln zu nehmen vermöge. Die nach Jahren nunmehr erstmals wieder in den Vordergrund rückende Bedrohung des politischen und gesellschaftlichen Systems von Weimar durch radikale Kräfte – auch die KPD hatte die Zahl ihrer Reichstagsmandate von 54 auf 77 vergrößern können – veranlasste den Altkanzler dazu, Ende September 1930 in einer viel beachteten Rede in Zürich erstmals deutlich, wenn auch ohne konkrete zeitliche Perspektive, eine friedliche Neuregelung der deutsch-polnischen Grenze, und zwar ausschließlich im Hinblick auf den Korridor, zu fordern. Diese Forderung bildete den eigentlichen inhaltlichen Kern der Rede, die auf den ersten Blick der deutsch-französischen Verständigung als europäischer Friedensgarantie gewidmet war – die Rettung Europas vor künftigen Kriegsgefahren werde um so sicherer gelingen, je eher und je besser sich die friedliebenden Demokratien Deutschlands und Frankreichs verständigten, lautete hier die Variante von Müllers ständigem Credo der Notwendigkeit einer Stabilisierung der europäischen Friedensordnung – und die auch noch einmal das Problem des Minderheitenschutzes aufgriff.<sup>72</sup>

70 *Hermann Müller*, Zwei Jahre deutscher Außenpolitik. Maschinenschriftliches Manuskript o.D. [30.3.1930], NL Hermann Müller VII, Nr. 5, Zitat: S. 6.

71 Vgl. dazu die Überlegungen bei *Riekhoff*, German-Polish Relations, S. 309f., *Krüger*, Die Außenpolitik der Republik von Weimar, S. 503f., und *Rödder*, Stresemanns Erbe, S. 167f. mit Anm. 96.

72 *Hermann Müller*, Deutsch-französische Verständigung als europäische Friedensgarantie, in: Die Gesellschaft 7, 1930, H. 2, S. 413–429. Die folgenden Zitate ebd., S. 425f. Die dort mit leichten Kürzungen wiedergegebene Rede Müllers vom 28. September 1930 war mit einigen anderen leichten Kürzungen auch schon in der Morgenausgabe der »Neuen Zürcher Zeitung« vom 29. September 1930 im Wortlaut veröffentlicht worden. Das von Müller handschriftlich korrigierte und gekürzte maschinenschriftliche Manuskript der Rede findet sich in: BArch Berlin, N 2200, Bd. 150, Bl. 1–34. Vgl. im Übrigen auch die etwas spätere Rede Otto Brauns zur Thematik am 24. November 1930 in Königsberg bei *Schulze*, Otto Braun oder Preußens demokratische Sendung, S. 675f.

Wer den Frieden Europas dauerhaft sichern wolle, müsse helfen, dafür zu sorgen, »daß nicht eines Tages das von Deutschland abgeschnittene Ostpreußen eine Bedeutung erlangt, wie sie das von Frankreich abgetrennte Elsaß-Lothringen« vor 1914 für Frankreich besessen habe:

»Ostpreußen ist unbestritten deutsches Kulturland. Es wurde durch den Versailler Vertrag vom deutschen Körper amputiert. Das abgeschnittene Ostpreußen ist wirtschaftlich von der deutschen Gesamtzirkulation abgetrennt und infolgedessen in seinen Entwicklungsmöglichkeiten auf das schwerste gehemmt.«

Das gebe dem Nationalismus in den dortigen Grenzbezirken Auftrieb. Die nationalistische Überhitzung werde noch gesteigert, wenn gelegentlich von polnischer Seite Ermaland neben Masuren für Polen reklamiert werde. »Außerdem liegt das deutsche Danzig im polnischen Korridor. Zweifel über seinen deutschen Charakter sind nicht erlaubt.« Die Unzufriedenheit sei »in diesem Falle unleugbar. So sehr die Deutschen in ihren politischen Auffassungen und Methoden auch auseinandergehen, in der Beurteilung der ungerechten Grenzziehung im Osten sind sie einig.«

Gewiss sei »heute noch eine vernünftige Diskussion über diese Probleme außerordentlich schwer in Gang zu bringen. Auf beiden Seiten werden noch Forderungen gestellt, über die eine Einigung nicht möglich zu sein scheint.« Doch – und hier scheint wieder der für Müller und die Weimarer Sozialdemokratie charakteristische und nicht infrage zu stellende Vorrang der Methoden vor den Zielen auf; nicht zufällig verwies ja Müller selbst auf diese grundlegende Unterschiedlichkeit der Methoden im Spektrum des deutschen Revisionismus – »selbstverständlich darf um die Weichsellande kein Krieg geführt werden. Der Einsatz eines neuen Krieges ist so groß, daß kein Stück Land ihn rechtfertigen könnte.« Allerdings müssten gerade deshalb »Quellen weitverbreiteter Unzufriedenheit rechtzeitig zugeschüttet werden, wenn nicht eines Tages doch unheilvolle Gefahren entstehen sollen«.

»Wenn aber die für ein neues Europa absolut erforderliche geistige Abrüstung durchgeführt werden soll, wird der Revisionsartikel des Völkerbündpaktes Anwendung finden müssen, damit eine Grenzziehung erreicht wird, die den Bedürfnissen der beteiligten Länder so sehr wie möglich gerecht wird.«

Müller suchte damit den Rückgriff auf ein Instrument, auf das der Unterzeichner des Vertrags von Versailles bereits in seinen Reden vom 9. und 23. Juli 1919 vor der Weimarer Nationalversammlung indirekt hingewiesen hatte und das sich seitdem immer deutlicher als am ehesten aussichtsreich erscheinender Ansatzpunkt für ein friedliches, kooperatives Herangehen an die Frage der territorialen Revision im Osten im Konsens der Mächte herauskristallisiert hatte. Es handelte sich um den Artikel 19 des Völkerbündpaktes, der zugleich einen integralen Bestandteil des Friedensvertrags bildete. In der deutschen Übersetzung trug er den folgenden Wortlaut: »Die Versammlung kann von Zeit zu Zeit die Bundesmitglieder auffordern, Verträge, deren Anwendung nicht mehr in Frage kommt, sowie internationale Verhältnisse, deren Aufrechterhaltung den Weltfrieden gefährden könnte, einer Nachprüfung zu unterziehen.« Gegenwärtig fehle es noch, so Müller in Zürich,

»an jeder Handhabe, die dem Artikel XIX des Völkerbündungsvertrages praktische Bedeutung gibt für den Fall, daß bestehende Verträge unanwendbar werden oder eine ernsthafte Gefährdung des Friedens durch die Entwicklung der internationalen Verhältnisse entsteht. Gerade wer den Krieg als Mittel nationaler Politik ächten will, muß rechtzeitig für Sicherheitsventile sorgen. [...] Der Artikel XIX sieht ausdrücklich Revisionsmöglichkeiten vor. Er wird eines Tages praktische Bedeutung bekommen müssen.«

Ist diese Züricher Rede als überzeugendes Indiz für die Auffassung zu werten, dass Hermann Müller, der bei Weitem bedeutendste sozialdemokratische Außenpolitiker der Republik, eben doch ein integraler Bestandteil des von Michael Salewski und anderen postulierten »Weimarer Revisionssyndroms« war, eines revisionistischen Blocks gleich-

sam, der nur Unheil generieren konnte? Nein, eine umsichtige Interpretation dieser und anderer einschlägiger Äußerungen Müllers wird zu einem anderen Urteil gelangen.<sup>73</sup> Es gilt, nochmals auf die von Peter Krüger hervorgehobene ausschlaggebende Bedeutung der jeweiligen Methoden in der Revisionspolitik zurückzukommen. Darin unterschieden sich Müllers konsequent vertretene Vorstellungen nicht graduell, sondern radikal von den Überlegungen nicht nur Adolf Hitlers – sie hatten mit der Weimarer Revisionspolitik ohnehin bloß den ersten Anschein gemein<sup>74</sup> – oder von den auf einen möglichst gemeinsam mit Russland zu führenden Krieg zur Vernichtung des polnischen Staatswesens abzielenden Plänen des langjährigen Chefs der Heeresleitung Hans von Seeckt.<sup>75</sup> Sie unterschieden sich gleichermaßen radikal von der dezidierten Polenfeindschaft des katholischen Reichskanzlers und Seeckt-Vertrauten Joseph Wirth, der sich über Parteien mokierte, »die sich zu dem Wahlspruch ›Nie wieder Krieg‹ bekennen«, und der unumwunden auf den Standpunkt stand: »Polen muß erledigt werden. Auf dieses Ziel ist meine Politik eingestellt.«<sup>76</sup>

Mindestens bis zur Mitte der 1920er-Jahre und tendenziell darüber hinaus aber unterschied sich Müllers methodischer Ansatz auch grundsätzlich von dem Gustav Stresemanns. Der Reichsminister des Auswärtigen von der Deutschen Volkspartei vermochte seine Vorliebe für Machtpolitik und den Reiz des Militärischen nur mühsam zu überwinden und konnte sie zumindest vor seinen nationalistischen Anhängern nie recht verbergen, so wenn er sich 1925 bei seiner »kaiserlichen Hoheit«, dem ehemaligen Kronprinzen Wilhelm von Preußen, beklagte, die militärische Macht »fehlt uns leider«<sup>77</sup>, oder wenn er kurz darauf vor der Arbeitsgemeinschaft deutscher Landsmannschaften räsonierte, das Hauptmittel, »um seinem Lande wieder Geltung zu verschaffen«, sei »die materielle Macht, Armee und Flotte«, um anschließend inmitten von Friedensbekundungen zu versichern, Deutschland lehne »eine Diskussion über Verzicht auf Krieg ab«. Die Verpflichtung, von jedem Angriff abzusehen, habe man für den Osten abgelehnt. »Auch der Eintritt in den Völkerbund schließt den Krieg nicht aus. [...] Der Völkerbund läßt den Krieg frei, wenn in politischen Fragen eine Einigung nicht zu erzielen ist.«<sup>78</sup> Hier zeigen sich Ansatzpunkte für eine weitere differenzierende Erörterung des revisions- und friedenspolitischen Gedankenspektrums auch im Kreise der über weite Strecken in der Parlaments- und Regierungarbeit harmonisch zusammenarbeitenden Repräsentanten der Weimarer Außenpolitik im engeren Sinne. Selbst im Hinblick auf den Umfang der territorialen Revisionsforderungen gegenüber der Republik Polen sind deutliche Differenzierungen ange-

73 Vgl. allein die Unterschiede in Zielsetzung und Methode, die Müllers Rede von der im Vormonat, also noch vor dem Wahlerfolg der NSDAP, gehaltenen Revisionsrede des volkskonservativen Ministers Gottfried Reinhold Treviranus abgrenzten: *Riekhoff*, German-Polish Relations, S. 330f.

74 Vgl. dazu immer noch die klassische Darstellung von *Eberhard Jäckel*, Hitlers Weltanschauung. Entwurf einer Herrschaft, erw. u. überarb. Neuausg., Stuttgart 1981, insb. S. 29–54.

75 Der Seeckt-Plan. Aus unveröffentlichten Dokumenten. Neues Tatsachenmaterial über die geheime Zusammenarbeit zwischen Reichswehr und Roter Armee, in: *Der Monat* 1, 1948/49, S. 42–58; darin, S. 44–47, *Hans von Seeckt*, Deutschlands Stellung zum russischen Problem, Denkschrift vom 11.9.1922. Vgl. dazu relativierend *Riekhoff*, German-Polish Relations, S. 30–33.

76 Aufzeichnung des ehemaligen Reichsministers des Auswärtigen Graf von Brockdorff-Rantzau, 24.7.1922, in: ADAP, Serie A: 1918–1925, Bd. VI: 1. März bis 31. Dezember 1922, Göttingen 1988, Dok. Nr. 159, S. 328–331, hier: S. 328. Vgl. dazu *Niedhart*, Die Außenpolitik der Weimarer Republik, S. 15, sowie *Unger*, Zwischen Ideologie und Improvisation, S. 289f.

77 Gustav Stresemann an Wilhelm von Preußen, 7.9.1925, in: ADAP, Serie A: 1918–1925, Bd. XIV: 14. August bis 30. November 1925, Göttingen 1995, Dok. Nr. 52, S. 139–142, Zitat: S. 141.

78 Gustav Stresemann, Rede vor der »Arbeitsgemeinschaft deutscher Landsmannschaften in Groß-Berlin«, 14.12.1925, in: ADAP, Serie B: 1925–1933, Bd. I,1: Dezember 1925 bis Juli 1926, Göttingen 1966, Anhang II, S. 727–753, Zitate S. 728 und 740.

bracht.<sup>79</sup> Müller hatte nie für eine Totalrevision zur Wiederherstellung der Grenzen von 1914 plädiert, und 1930/31 beschränkte er seine Überlegungen offenbar auf den Korridor und Danzig. Als rechtlich verträgliche Methode zu einer Neuregelung von Grenzen hatte er schließlich stets eine Volksabstimmung unter Aufsicht des Völkerbundes vorgeschlagen.

Hermann Müller fasste die operative Revisionspolitik immer als eine im Konsens der Mächte zu erreichende friedliche Verständigung über Probleme auf, die zunächst einmal schlicht diskutiert werden sollten, aus Müllers Sicht mussten. Greifbare Ergebnisse würden zu erzielen sein, wenn »im Interesse der Sicherheit Frankreichs und Europas« dafür gesorgt werde, »daß im Rahmen des Völkerbundes der Weg für eine fruchtbare Diskussion über die Handhabung des Artikels XIX herbeigeführt wird, damit all die Herde zum Erlöschen gebracht werden, auf denen noch brandbereite Funken glimmen.«<sup>80</sup> Müller erwartete vom Völkerbund gewissermaßen die Erarbeitung von Ausführungsbestimmungen zur Anwendung des Revisionsartikels. Noch in einem Zeitungsartikel des Elder Statesman Müller über die Aussichten für Vereinigte Staaten von Europa, der Anfang Februar 1931 in der US-amerikanischen Hearst-Presse erschien, verwies er erneut auf die Revisionsmöglichkeiten der Völkerbundakte. Ein einiges Europa könne auf die Dauer an der Beseitigung von Ungerechtigkeiten nicht vorbeigehen.

»Artikel 19 der Verfassung des Völkerbundes sieht Revisionsmöglichkeiten vor, wenn Verträge unanwendbar geworden sind oder internationale Verhältnisse zu ernsthafter Gefährdung des Friedens zu führen drohen. Deutschlands Ostgrenzen sind auf Dauer unhaltbar. Das sagen alle Parteien Deutschlands. Ostpreussen ist durch den polnischen Korridor vom Mutterland abgeschnitten. Sein Handel, Gewerbe und Landwirtschaft leiden darunter schwer.«

Doch: »Die große Mehrheit der Deutschen will eine Revision der Ostgrenzen aber nur auf friedlichem Wege herbeiführen. Solche friedliche Revision genügend vorzubereiten, ist eine große Aufgabe für ein einiges Europa.«<sup>81</sup>

Es bleibt die Frage nach den Realisierungschancen einer solchen Politik zur friedlichen Revision der deutsch-polnischen Grenzen mit den von Müller anvisierten Methoden und entsprechend begrenzten territorialen Zielen. Der Konsens der Forschung im Hinblick auf die Haltung der polnischen Seite geht dahin, sie sei generell, unabhängig von der jeweiligen Regierung und auch um das Jahr 1930 herum unter keinen Umständen bereit gewesen, Gebiete gleich welcher Größe freiwillig an das Deutsche Reich abzutreten.<sup>82</sup> Auch der einflussreiche sozialdemokratische Redakteur und Parlamentarier Friedrich Stampfer machte zu Beginn des Jahres 1931 die Problematik und seine Zweifel deutlich:

79 Vgl. etwa *Jerzy Krasuski*, Grundfragen der deutsch-polnischen Beziehungen in der Periode zwischen dem I. Weltkrieg und der Weltwirtschaftskrise, in: *Jacobmeyer*, Die deutsch-polnischen Beziehungen 1919–1932, S. 11–17, hier: S. 16: »Alle im deutschen Reichstag vertretenen Parteien waren sich über die Notwendigkeit einer Revision der Grenze mit Polen einig, wenn auch nicht alle darauf bestanden, die Ostgrenze von 1914 in ihrer Ganzheit wiederherstellen zu müssen.« Schon der folgende Satz scheint dagegen zweifelhaft: »Auf jeden Fall drohte Polen der Verlust seines Zuganges zur Ostsee sowie des Industriegebietes von Oberschlesien.«

80 *Müller*, Deutsch-französische Verständigung als europäische Friedensgarantie, S. 427.

81 *Hermann Müller*, Kommen die Vereinigten Staaten von Europa? Maschinenschriftliches Manuskript o. D. [Januar 1931], BArch Berlin, N 2200, Bd. 151, Bl. 27–33, Zitat: Bl. 28f.

82 So dezidiert *Riekhoff*, German-Polish Relations, S. 382. Vgl. auch *Zloch*, Polnischer Nationalismus, S. 317–321, sowie zu polnischen Bestrebungen, die Westgrenze zugunsten Polens zu revidieren, *Gehrke*, Der polnische Westgedanke bis zur Wiedererrichtung des polnischen Staates, S. 337–342. *Müller*, Poland and Germany from Interwar Period through to Time of Détente, S. 98, scheint im Hinblick auf »minor revisions of the status quo« zugunsten Deutschlands weniger entschieden zu sein. Vgl. schließlich auch die Überlegungen bei *Marek Kornat*, Polen zwischen Hitler und Stalin. Studien zur polnischen Außenpolitik in der Zwischenkriegszeit, Berlin/Brandenburg 2012, S. 34f., 47 und 50f.

»Eine Verbesserung der Ostgrenze wäre [...] nur möglich unter Abänderung des Vertrags von Versailles und unter Zustimmung Polens. Es ist noch nicht sichtbar geworden, welche bedeutenden Vorteile die Propagandisten dieser Revision Polen gewähren wollen, um die Herausgabe polnischen Gebiets als Gegenleistung zu empfangen.«<sup>83</sup>

Auf der Ebene des Großmächtesystems dagegen ist just seit etwa 1931 eine verstärkte Bereitschaft zu konstatieren, das Deutsche Reich – fatalerweise jetzt unter der Regierung Brünnings und seiner Nachfolger – in seinen Revisionsbestrebungen gegenüber Polen immer offener zu unterstützen.<sup>84</sup> Das galt nicht nur für Großbritannien und die Vereinigten Staaten, sondern zunehmend sogar für Frankreich: Den Reichskanzler Hermann Müller selbst hatten bereits im Oktober 1928 Informationen erreicht, denen zufolge der französische Politiker Joseph Caillaux, der seit vielen Jahren eine führende Rolle in der linksbürgerlichen Radikalsozialistischen Partei spielte und schon an verschiedenen Regierungen beteiligt gewesen war, sich bereit zeigte, Deutschland in der Korridorfrage zu helfen.<sup>85</sup> Hier bleibt wiederum die Frage offen, inwieweit eine mögliche weitere Stabilisierung der beiderseitigen Beziehungen auf lange Sicht in Polen zu einer veränderten Haltung hätte führen können, oder aber, welches Maß an außenpolitischem Druck die Westmächte gegebenenfalls auf Polen auszuüben bereit gewesen wären. Der ersten deutschen Demokratie konnte das jedenfalls nun nicht mehr helfen; Hermann Müllers früher Tod nach langer Krankheit am 20. März 1931 mag hier symbolisch für das Ende einer Republik stehen, deren Entwicklung sich seit dem Sommer 1930 schwerlich noch zum Guten wenden konnte.

## V. FAZIT

Trotz mancher Unwägbarkeiten im Hinblick auf Müllers Ziele und auf die möglichen Ergebnisse seiner Politik mag die Analyse der territorialen Revisionsbestrebungen des deutschen Außenministers und Reichskanzlers und sozialdemokratischen Partei- und Fraktionsvorsitzenden im Hinblick auf Polen eines verdeutlichen: Sofern man nicht jeglichen Revisionismus der republikanisch-demokratischen Politiker und Parteien der Weimarer Republik für von vornherein unbegründet und illegitim erachtet, sofern man nicht in einem methodisch unangebrachten Determinismus als Ergebnis jeglicher territorialer Revisionspolitik nur die Provokation oder die bewusste Herbeiführung eines neuen europäischen Kriegs oder eine zwangsläufig hegemoniale Stellung Deutschlands in Europa erkennen möchte, bot der in seinen Zielen wie in seinen Methoden gemäßigte, kooperative Revisionismus Hermann Müllers Chancen für eine dauerhafte, friedliche Integration des Deutschen Reichs – mochte es selbst ein Großdeutschland sein – in ein stabilisiertes europäisches Mächtesystem und in den Völkerbund. Die Alternative zu dieser bis 1930/31 von den republikanischen Kräften und an erster Stelle von der SPD verfolgten Politik bestand nämlich nicht in einem in der Retrospektive vielleicht manchem wünschenswert erscheinenden vollständigen Verzicht auf jegliches Streben nach Revision der Pariser Friedensverträge – eine solche gedachte Alternative würde schlicht ahistorisch zu nennen sein –, die faktische Alternative bestand vielmehr in der nationalsozialistischen Diktatur und im erneuten Weltkrieg, in europaweiter deutscher Terrorherrschaft und Völkermord.<sup>86</sup>

83 *Friedrich Stampfer*, *Grundbegriffe der Politik*, 2., völlig überarb. Aufl., Berlin 1931 (Vorwort Februar 1931), S. 225.

84 Vgl. die präzise Zusammenschau dieser Tendenzen bei *Jörg K. Hoensch*, *Deutschland, Polen und die Großmächte 1919–1932*, in: *Jacobmeyer*, *Die deutsch-polnischen Beziehungen 1919–1932*, S. 19–34, hier: S. 27–29.

85 Adolf Müller an Hermann Müller, 17.10.1928, AdsD, NL Hermann Müller III, Nr. 22, S. 3f.

86 Vgl. zu diesem Absatz insgesamt die Überlegungen von *Hillgruber*, »Revisionismus« – Kontinuität und Wandel in der Außenpolitik der Weimarer Republik, S. 81–85.